

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND



TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 41 NUMMER

(16/91)

13. NOVEMBER 1991

PREIS: öS 10,—

Auf die Straße gegen Rassismus und Faschismus!



Fotos: Demonstration gegen Rassismus am 8. November. 1.000 Menschen auf einer Demo im 15. und 16. Wiener Gemeindebezirk am 2. November, rund 6.000 Menschen ziehen am 8. November durch die Wiener Innenstadt, ebenso wurde in mehreren Städten in der BRD anlässlich der Reichspogromnacht am 9. November gegen Rassismus demonstriert. Es sei zu wenig, gegen den Wahlkampf-rassismus zu protestieren, und dabei die tägliche rassistische Politik des Innenministeriums unerwähnt zu lassen, wurde von KurdInnen auf der Schlußkundgebung kritisiert. — Es wird kälter in Österreich: "...oder zur Verhinderung einer unzumutbaren Konzentrierung von Asylwerbern in Teilen [des Bundesgebietes]" — aus dem neuen Asylgesetz, das am 5. November vom Ministerrat verabschiedet wurde. Mehr dazu und eine Einschätzung im nächsten Tb

Frauengefängnis Schwarzau inhaftierte Polin von sieben BeamtInnen körperlich schwer misshandelt

(Arbeitskreis Schwarzau)

Chronologie der Ereignisse

Am 9. August 1991 (ca. 14 Uhr 45) soll bei Grazyna S. (derzeit eine Strafe von 5 Jahren in der STVA Schwarzau "verbüßend") im sog. Dienstzimmer (Aufenthaltsraum der Justizwache) eine Körpervisitation durchgeführt werden, da vermutet wird, daß sie Briefe einer anderen inhaftierten Frau bei sich trägt. Es sind fünf Justizwachebeamtinnen (JWB) anwesend. Grazyna S. weigert sich, die Briefe an die anwesenden JWBs herauszugeben und erklärt, diese nur an den Anstaltsleiter bzw. seine Vertreterin auszuhändigen, da dies eine Privatsache sei. Daraufhin wurden als Verstärkung 2 männliche JWBs gerufen (die Namen aller an diesem Vorfall beteiligten JWBs sind bekannt), welche Grazyna S. an den Armen hielten, eine weibliche JWB riß an ihren Haaren. Grazyna S. versuchte sich zu wehren, in der Folge wurden ihre Jogginghose und Unterhose von einer weiblichen JWB zerrissen, um an die Briefe zu gelangen (inzwischen war noch ein dritter männlicher JWB eingetroffen). Da sie nun die Briefe hatten, wollten sie Grazyna S. in die "Korrektion" (Totalisolation) schlep-

pen. Grazyna S. lief vom Dienstzimmer auf den Gang, wo ihr alle JWBs folgten und auf sie einschlugen. Zum Schluß lag Grazyna S. am Boden, eine weibliche JWB hielt sie an den Haaren, eine andere stand auf ihrer Hand, der Rest trat und prügelte auf sie ein. So zusammengeschlagen wurde sie in die Totalisolation geschleppt, wo sie einige Tage ohne ärztliche Hilfe blieb (erst am 13.8. kam der Anstaltsarzt, der diverse Verletzungen feststellte).

Die prügelnden JWBs liefen gleich in den nächsten Tagen zum Arzt, um "Schmerzen im kleinen Fingergelenk" oder "Schmerzen im Hüftbereich" anzuzeigen. In der Folge wurde seitens der Anstaltsleitung Grazyna S. bei der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt angezeigt, die am 28.8.1991 gegen die Anklage wegen "schwerer Körperverletzung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" erhob. Der Prozeß soll Ende November anberaumt werden. Gegen die prügelnden JWBs wurden keine Schritte eingeleitet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Grazyna S. bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bekommen wird.

Aufruf zur Wehrdienstverweigerung

(ARGE Wehrdienstverweigerung, Gruppe f. Totalverweigerung)

"Ich bin 29 Jahre alt und gegen meinen Willen zu einer Kaderfunktion zwangsverpflichtet worden. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß es keine Probleme löst, wenn ich auf Leute schießen soll, die ihrerseits zwangsverpflichtet worden sind und auch lieber zu Hause geblieben wären. Ich lehne daher jede Art von Militärdienst grundsätzlich ab und habe die Absicht, bei meiner nächsten Kaderübung (13.-17.1.1992) nicht zu erscheinen. Ich bin mir der Konsequenz der Handlung bewußt (1 Jahr Haft, Vorstrafe etc.). Ich suche nun Kontakt zu Leuten, die so denken wie ich und ebenfalls zu einer Wehrdienstverweigerung bereit sind (vielleicht Einrück-



teressante? Dann schreibt einen kurzen Brief mit Angabe einer Kontaktmöglichkeit an:

ARGE Wehrdienstverweigerung, Gruppe f. Totalverweigerung, Schotteng. 30/1/59, 1010 Wien

Zeit zu gehen: Helmut Zilk im Wuk

Der Wuk-Geburtstag brachte und bringt so einiges mit sich. Nicht nur eine Fassadendeckende und verschandelnde Beflaggung, sondern auch z.B. ein Besuch des von uns allen hochgeschätzten Bürgermeisters Helmi Zilk (diesmal leider ohne Begleitung seiner reizenden Frau Dag) als eindeutige Anbiederung an das aufgedrückte Image des Hauses. Als wir (MitarbeiterInnen und AktivistInnen des Umweltbüros) von der bevorstehenden Anwesenheit Helmis bei der Eröffnungsfeier erfuhren, war klar, daß Helmi sich auch besonders wohlfühlen sollte.

So malten wir einen ganzen Nachmittag an Transparenten und dekorierten damit den Weg zum großen Saal. Natürlich konnten wir uns nicht im Hintergrund halten, denn schließlich mußten wir Helmi unsere Ehrerbietung auch mündlich zum Ausdruck bringen. Die Texte der Transparente lauteten:

* Niemals vergessen: Eglsee; 100 000 leere Wohnungen; Ägidi/Spalo; Rotstilchen; Flex; 8 - er

* PFUI

* BürgerInnen beobachten den Bürgermeister / Achtung Kontrolle

Helmi meinte dazu lediglich; "Wenn ich mich nicht damals so für das Wuk eingesetzt hätte, könntet ihr heute nicht da stehen!"

Danach folgten noch einige personenbezogene Statements von beiden Seiten.

Im großen Saal sagte Helmi angeblich während der Eröffnungsrede der Vereinsobfrau zu seinem Sekretär: "Wenn sie mich nicht bald erwähnt, gehe ich."

Endlich war es soweit und er hob seine Stimme zu einer (Eigen)lobrede, welche aber teilweise durch unser zustimmendes Freudengeschrei untergegangen ist. (Ungefähre Wortlaute: Abdanken! Pfui! Buh!)

Große Erfolge erzielte auch die Meldung einer Aktivistin als H.Z. zur Rede ansetzte: Blablabla. Sogar Teile des Wuk-Vorstandes ließen sich zu einem Applaus hinreißen.

Alles in allem kann mensch abschließend nur sagen: Augen auf, Ohren auf, Helmi! Wir sind da!

Der neue Kriminalisierungs- rundbrief ist da!

Er kann abonniert werden (4 Ausgaben/DM 20.-). Als Bestellungen an: 1. Umschlag: Vrouwengroep OLW, de Wittenstraat 73, 1052 Amsterdam, Holland; darin der 2. Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief.

Stellungnahme betreffend A4-Teilstückeröffnung von Bruck/L. bis Parndorf

(A4-GegnerInnen)

Am 31.10.1991 wurde das Teilstück der A4, Ostautobahn, von Bruck an der Leitha bis Parndorf durch Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel eröffnet.

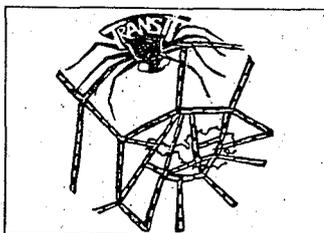
Seit Jahren wurde den verkehrsgequälten AnrainerInnen der B10 eingeredet, daß die A4 die einzig wahre Lösung der jetzigen katastrophalen und leider oft auch tödlichen Situation sei. Mit diesem und dem Argument der (wirtschaftlichen) Öffnung des Ostens wurde jahrelang die Bevölkerung manipuliert und verhetzt, jedoch fanden es z.B. die betreffenden Bezirkshauptmannschaften nicht für nötig, Sofortmaßnahmen zu setzen (Tonnagebeschränkungen, Nachtfahrverbot, Geschwindigkeitsbeschränkungen und -überprüfungen). Verharmlost und teilweise verschwiegen werden, daß der Bau der A4, Ostautobahn:

1. ...den Bau der A6 (Bruck-Bratislava) und der B301 (eine zweite Wiener Außenringautobahn, die die A4 sowohl mit der A21 und der A2 verbinden würde) mit sich ziehen würde. Diese Projekte trügten mit Sicherheit nicht zur Attraktivität der Bahn für Güter- und Individualverkehr bei. Die Auswirkungen wären für Mensch, Tier und

Natur katastrophal.

2. ...längerfristig gesehen keine Entlastung der B10 bringen würde, im Gegenteil laut Prognosen soll 5 Jahre nach der Eröffnung der A4 mehr Verkehr denn je über die B10 rollen.

Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten



3. ...die Existenz der umliegenden BäuerInnen gefährden würde. Eine Studie über Boden- und Vegetationsschäden entlang der Tauernautobahn vom Umweltbundesamt ergab:

Grenzwertüberschreitungen bei Blei bis zu 18% (!), erhöhte Konzentrationen von Cadmium und Zink und eine Abnahme der Artenvielfalt

4. ...die Zerstörung der einzigen österrei-

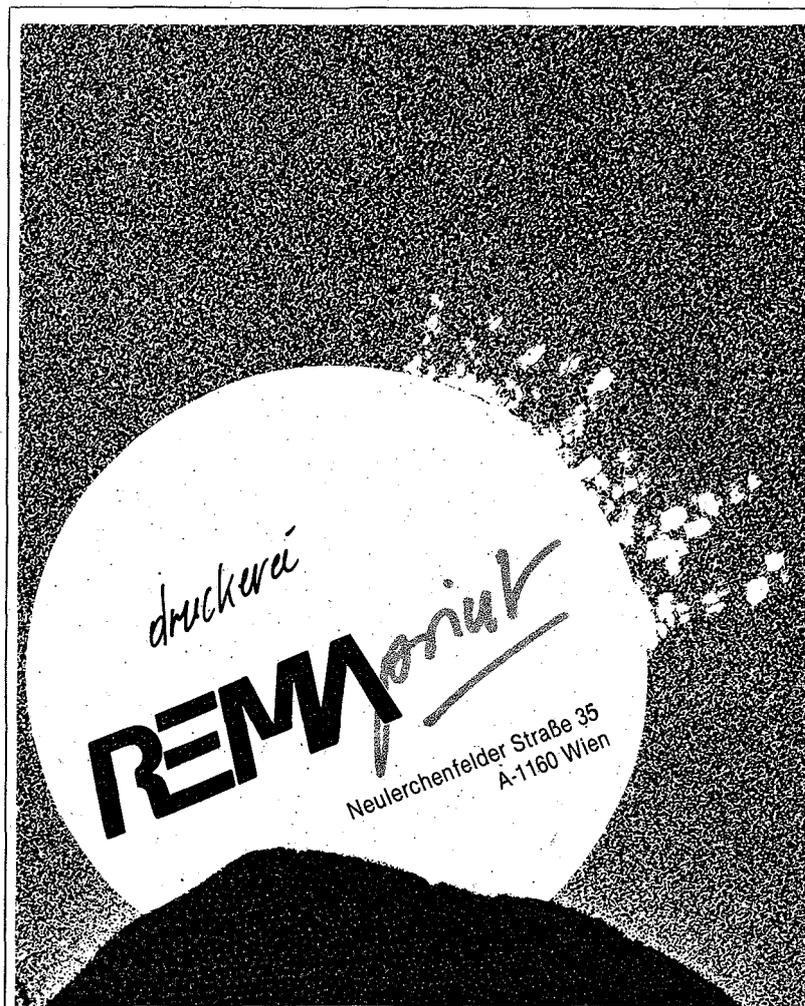
chischen und auch in Europa einzigartigen Steppenlandschaft, der Parndorfer Platte, mit sich führen würde. Betroffen davon wären unter anderem auch bedrohte Tierarten wie Ziesel, Steppeniltis und Ährenmaus.

5. ...die jetzt schon höchsten Ozonwerte ganz Österreichs, die nun mal in Ostösterreich zu finden sind, noch mehr vergrößern würde.

6. ...auch in Wien beträchtliche Erhöhung der Schadstoffbelastung und langfristig eine Veränderung der Infrastruktur (Zerschneidung von Wohngebieten, Absiedelung, etc.) hervorrufen würde.

Wir fordern deshalb:

1. Sofortigen Baustopp der A4.
2. Sofortmaßnahmen an der B10 (siehe oben) und mittelfristige Maßnahmen wie 2-spurige Ortsumfahrungen entlang der Ostbahntrasse.
3. Ein gesamtösterreichisches Verkehrskonzept, das bis heute nicht erstellt wurde.
4. Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, sowie Ausbau der Bahn.
5. Kostenwahrheit im Straßenverkehr: jedeR VerkehrsteilnehmerIn muß für die von ihm/ihr verursachten volkswirtschaftlichen Kosten aufkommen.



Spendenkampagne für ein freies KURDISTAN

(Verein f. Kultur und Information kurdischer Angelegenheiten)

Das kurdische Volk ist bis heute Opfer der Kriege zwischen den Staaten im Mittleren Osten gewesen. Unter dem letzten Golfkrieg hat das kurdische Volk am meisten leiden müssen. Die Flüchtlingswelle in Südkurdistan (irakisch besetzter Teil unseres Landes) hat tausende Opfer gefordert. Viele befinden sich noch unter schlimmsten Bedingungen in Flüchtlingslagern. Andere sind in ihrer eigenen Heimat obdachlos.

Auch die Türkei führt seit ihrer Gründung einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk. In den letzten Jahren hat sich das in einen offenen Staatsterror zugespitzt: Deportationen, Vertreibung, Verbannung, Abbrennen von Wäldern und Dörfern, das Gefangennehmen von unschuldigen Menschen, Folter, Bombardierungen legaler Einrichtungen wie Menschenrechtsvereine, Zeitungsbüros, blutiges Niederschlagen von friedlichen Demonstrationen sowie die Ermordung von demokratisch und prokurdisch gesinnten Persönlichkeiten gehören zum Alltag des kurdischen Volkes.

Die Angriffe der türkischen Streitkräfte auf kurdische Siedlungsgebiete in Südkurdistan am 5. August 1991 und die Erschießung wehrloser Demonstranten bei der Besetzung des von türkischen Sicherheitskräften ermordeten kurdischen Vorsitzenden der HEP (Partei der Arbeit des Volkes) von Diyarbakir am 10. Juli 1991 sind ein Beispiel für die Grausamkeiten des türkischen Staates.

Es ist das elementarste Recht eines Volkes, gegen diesen Terror, die Grausamkeiten und die Unterdrückung Widerstand zu leisten. Hierfür braucht das kurdische Volk auch die Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit.

Wir rufen die Öffentlichkeit auf, sich mit dem kurdischen Volk und seinem Befreiungskampf für ein freies und unabhängiges Kurdistan zu solidarisieren.

Deshalb:

*** Spendet für die Vertriebenen, Deportierten und Obdachlosen**

*** Spendet für die Opfer des staatlichen Terrors**

Die Familien der gefallenen und gefangenen BefreiungskämpferInnen müssen versorgt werden. Viele KurdenInnen sind durch den Terror dauernd behindert, krank, nicht mehr arbeitsfähig. Auch sie



müssen versorgt und unterstützt werden.

*** Spendet für die politischen Gefangenen**

In den Gefängnissen der Türkei sind über 10.000 KurdInnen inhaftiert. Sie sind zum Tode, zu lebenslanger oder mehrjähriger Haft verurteilt. Damit den Gefangenen, ihren Angehörigen und ihren Kindern, die sich zum Teil in elendstem Zustand befinden, geholfen werden kann, sowie zur Bezahlung von AnwaltInnenkosten, ist dringend Unterstützung und finanzielle Hilfe erforderlich.

*** Spendet für die Ausbildung kurdischer Kinder**

Die Türkei verweigert kurdischen Kindern jede Ausbildung in ihrer eigenen Sprache. Viele Kinder sind zudem durch die Deportationen in Lagern eingesperrt.

*** Spendet für die BefreiungskämpferInnen**

Ps.:

Erlagschein liegt bei!!

Falls er verlorengegangen ist:

PSK, Konto Nr.: 93.001.559, BLZ 60.000; Stichwort: "Spende für KurdInnen"

Nachrichten aus Kurdistan

Spezialteam mißhandelte und verschleppte Psychiatriepatienten in Cizre

Ein Spezialteam traf am Abend des 20. September den in psychiatrischer Behandlung befindlichen M. Ihsan Angin auf der Straße an. Nachdem er keine Antwort auf die Frage nach seinen Personalien geben konnte, da er kein Türkisch versteht, wurde Angin von den Spezialteamkräften zusammengeschlagen und mitgenommen. Seine Familienangehörigen wandten sich mit Attesten des staatlichen psychiatrischen Krankenhauses, von dem er seit Jahren behandelt wird, an die Sicherheitsbehörde, um seine Freilassung zu erreichen. Die Familie erhielt noch nicht einmal Auskünfte über den Verbleib des verschwundenen Kranken und ist deshalb in größter Sorge um sein Leben. ●

Filmemacher in Van verhaftet

Senar Turgut wurde während den Dreharbeiten für den kurdischen Film "Siyabend u Xece" in Van ohne jede Begründung am 28. September um 6.30 Uhr verhaftet. Trotz aller Versuche seiner Filmgesellschaft verweigern die verantwortlichen staatlichen Stellen noch immer eine Erklärung für die Verhaftung und haben außerdem eine Kontaktsperre verhängt. ●

Hazro: Beerdigung eines gefallenen Befreiungskämpfers wurde zur Kundgebung

Am 29. September wurde der gefallene Befreiungskämpfer Habip Beyaztas in Hazro-Zentrum beerdigt. Zu den drei Tagen dauernden Beerdigungsfeierlichkeiten kamen aus vielen Dörfern Hazros und aus Sivan etwa 4000 Menschen, obwohl sie von türkischen Militärfahrzeugen stark behindert wurden, die die Zufahrtsstraßen mit 40 Militärfahrzeugen blockierten. Trotz dieser Behinderungen fand eine große Kundgebung statt, bei der revolutionäre Lieder gesungen, Parolen für den Befreiungskampf gerufen und eine Grußbotschaft der PKK verlesen wurde. Alle Geschäfte beteiligten sich an einer Rolladenschließaktion.

Schulen werden in Kasernen verwandelt

Schulen mit Internaten in Bitlis und Hizan wurden geschlossen und als Kasernen für die Verstärkungskräfte der türkischen Armee zur Verfügung gestellt. Ende September wurden die 120 Schüler des Wohnheimes Sabanci in Hizan einfach auf die Straße gesetzt, um dort 270 Männern eines Spezialteams, das gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans eingesetzt wird, einzuquartieren. ●

Apartheid gegen Frauen

Im Juli dieses Jahres waren Parlamentswahlen angesagt, zwei große sehr stark patriotische (frauenfeindliche) Parteien (FLN, FSI siehe dazu Kasten) kamen ins hadern; um die Stimmen der Wähler und im besonderen um die Stimmen der WählerInnen. Der Kampf um Stimmen ging sogar soweit, daß es nun keine Parlamentswahlen mehr geben wird. Zumindestens vorläufig, denn der große (auch hier in Ö. allzu bekannte) Streit um Stimmenmehrheit führte zum Ausnahmezustand in ganz Algerien. Und dieses seit einem halben Jahr.

Der nachfolgende Beitrag entstand aus einem Gespräch mit Chafia, einer algerischen Frau, die seit Jahren in der dortigen Frauenbewegung aktiv ist. Das Gespräch fand während den Vorwahlkämpfen für die Parlamentswahlen statt, was besonders wichtig ist, weil ansonsten der Text nicht mit dem erst stattfindenden Ausnahmezustand übereinstimmt, bzw. unlogisch erscheint.

Im Artikel wird zuerst über die Lage der Frauen in speziellen Fragen wie Arbeit, Gesetzeslage und Verfolgung durch frauenfeindliche Politiker und deren Anhängern eingegangen. Im Anschluß findet sich eine kleine Erklärung über den Hergang des verhängten Ausnahmezustands.

(die LINKE, TATblatt Wien)

Die Lage der algerischen Frauen war nie gut. Sie haben sich aktiv am algerischen Befreiungskampf beteiligt und große Hoffnungen an die Unabhängigkeit geknüpft. Sie mußten bald einsehen, daß sie nicht viel zu erwarten hatten. Das Projekt der Modernisierung und Industrialisierung Algeriens erforderte jedoch ein hohes Arbeitskräftepotential und die Frauen sind zum ersten Mal in größerem Umfang auf den Arbeitsmarkt geströmt. Wir haben eine Frauenerwerbsquote von 6 Prozent erreicht, das ist enorm viel für unsere Verhältnisse. Das Regime Boumedienne — das gemeinhin als Diktatur bezeichnet wird, das aber doch populistisch (oft Hetzpropaganda treibende Politik mit dem Ziel, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu gewinnen. aus: Duden 5) war und von den Öleinnahmen lebte — mußte Aufgaben erledigen, die in Europa der Kapitalismus im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts erledigt hat: Elektrifizierung, Straßenbau, Wohnungsbau, usw. Dafür mußte das Bildungssystem erheblich ausgebaut werden. Die Schulen wurden damals für alle Mädchen und Buben geöffnet. Tausende von Frauen besuchten die Grundschule und die höheren Schulen, das war eine Ausnahme in der arabischen Welt.

Das herrschende Regime, gleich ob unter Boumedienne oder unter Chadli, stand immer unter einem starken traditionalistischen Druck. Jedesmal, wenn staatlicherweise der Versuch unternommen wurde, die alten Traditionen, vor allem in Hinblick auf die Familie, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen — 1967 und 1973 versuchte die Regierung, ein Familiengesetz durchzusetzen — regte sich Widerstand bei den Frauen, vor allem in der Hauptstadt, in der Hauptsache von alten Widerstandskämpferinnen und Studentinnen. Erst 1984 konnte ein solches Gesetz verabschiedet werden, gegen den Widerstand einer starken Frauenbewegung, die sich zwischen 1980 und 1984 entfaltet hat. Deren Ausgangspunkt war ein Beschluß der Regierung gewesen, den Frauen das Recht zu beschneiden, allein ins Ausland zu reisen. Dies hat eine riesige Mobilisierung der Frauen an den Universitäten provoziert. Direkt danach wurde bekannt, daß ein Familiengesetz in



Arbeit ist, das hinter verschlossenen Türen in der Nationalen Volksversammlung diskutiert werden sollte. Dagegen gab es wieder breiten Protest. Die Frau des Präsidenten der Nationalen Volksversammlung lief an der Spitze des berühmten "Marsch der 100 Frauen" zur Nationalen Volksversammlung, und forderte dort, daß der Gesetzestext öffentlich bekannt gemacht werde. Die Debatte in der Nationalen Volksversammlung war schrecklich. Die Männer stritten sich um die Frage, wie lang und wie dick der Stock sein sollte, mit dem aufmüßige Frauen zu züchtigen seien. Die Mobilisierung der Frauen hatte politisch eine außerordentliche Bedeutung, denn keiner außer den Frauen traute sich damals, öffentlich Protest kundzutun, niemand wagte, sich der Diktatur entgegenzustellen. Die Nationale Volksversammlung wartete den Beginn der Ferienzeit ab, um das Gesetz durchzuziehen.

Das Familiengesetz in Algerien hat im großen und ganzen drei Schwerpunkte:

1. Die Frauen sind niemals mündig. Für die Männer wird ein Volljährigkeitsalter festgelegt; in Bezug auf die weiblichen Jugendlichen heißt es, sie werden erst dann volljährig, wenn der Heiratsvertrag abgeschlossen ist. Damit gehen sie nahtlos von der Vormundschaft des Vaters in die Vormundschaft des Ehemannes über. Falls sie sich jemals scheiden lassen sollten, kehren sie zurück unter die Obhut des Vaters.

2. Die Frauen sind den Männern unterlegen. Das Erbrecht folgt, wie in den meisten arabischen Ländern, der islamischen Scharia (Gesetzsammlung). Demnach haben die Frauen nicht das Recht auf den

selben Anteil am Erbe wie die Männer. Das steht schon im Koran so. Die Töchter dürfen nur halb so viel erben wie die Söhne; die Witwe erhält nur ein Achtel der Hinterlassenschaft des Ehemannes. Das war für damalige Verhältnisse bereits ein außerordentlicher Fortschritt, denn nirgendwo in diesen Ländern hatten Frauen irgendein Recht auf Erbschaft. Aber im Rahmen der Welt von heute und der heutigen Ansprüche der Frauen sind solche Verhältnisse völlig unannehmbar.

Für die Scheidung gilt das gleiche: Der Mann hat das Recht, sich scheiden zu lassen, wann er will, er braucht gar keine Begründung dafür. Die Frauen dürfen sich aber nur unter fünf Bedingungen scheiden lassen, die überhaupt nicht erfüllbar sind: Sie müssen z.B. nachweisen, daß der Mann vier Monate lang dem Ehebett ferngeblieben ist — wie soll frau so was beweisen? Oder, daß er impotent ist — wie soll eine Frau einen Mann, vor einen Arzt zerren, um sich von diesem attestieren zu lassen, daß er impotent ist? Das ist unmöglich. Oder: Wenn der Ehemann der Frau eine Nebenfrau aufzwingt. Oder: Wenn der Mann eine Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr

FLN (Front de Libération National): 1954 gegründet, wurde sie die führende Kraft im nationalen Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich, seit der Unabhängigkeit 1962 in einem de-facto Einparteiensystem an der Regierung.

FIS (Front Islamique du Salut): Islamisch-fundamentalistische Organisation, hauptsächlich von Saudi-Arabien finanziert. Sie stellt zwar die Speerspitze der Reaktion in Algerien dar, wird im Westen aber oft überschätzt.

PST (Parti Socialist de Travailleurs): Revolutionär-marxistische Organisation, steht der 4. Internationale nahe. Sie beschuldigt die regierende FLN, für viele der frauenfeindlichen Maßnahmen verantwortlich zu sein und die FIS nur als Vorwand vorzuschieben.

PT (Parti des Travailleurs): Linke Partei, die sich von der PST in einigen konkreten politischen Fragen unterscheidet: sie fordert z.B. die Freilassung der verhafteten Führer der FIS, während die PST sie vor einem Zivilgericht zur Verantwortung ziehen will. Im Wahlkampf stellte sie auch die Forderung nach einer Regierung der "nationalen Errettung" mit FLN und FIS auf.

abzusitzen hat und die Ehefrau der Auffassung ist, daß dies negativ auf die Familie zurückfallen kann.

3. Die Rolle der Frauen wird definiert als die von "Reproduzentinnen des Menschengeschlechts". Es findet sich im Gesetz auch der Ausdruck: die Frau soll "seine Nachkommen ernähren" (die des Mannes). Sie sind also dazu da, Kinder zu kriegen und diese aufzuziehen, basta.

Das verheiratete Paar hat keine Eigenständigkeit; die Kleinfamilie hat sich in Algerien nicht durchgesetzt, es wird immer noch im Rahmen der Großfamilie gedacht.

Es wurde bereits seit längerem eine Änderung des Wahlrechtes im Parlament diskutiert. Die Änderung wurde bereits beschlossen. Heute kann ein Mann für sieben Personen wählen, wenn er dafür eine Vollmacht hat. Ich habe selbst damit meine Erfahrungen gemacht: Nachdem eine Kontrolle der Vollmachten nicht gehandhabt wird, wählte z.B. mein Vater bei den Gemeinderatswahlen im Juni 1990 für sich, für seine Frau, für seine alte Mutter, die das Haus nicht mehr verläßt, für meinen Bruder, der in Tunesien studiert, für meine Schwester, die in einer anderen Stadt verheiratet ist und vielleicht auch für mich. Dieses Gesetz der regierenden FLN ist geschickt formuliert, indem es besagt, daß die Eheleute füreinander wählen können, und es ist in der Praxis wohl klar, daß hier nicht die Frauen für ihre Männer wählen gehen.

1984 war von den "Fundamentalisten" noch nicht viel zu sehen. Das kam erst 1989. Aber warum? Das Regime mußte das Scheitern seiner bisherigen Politik eingestehen und war zu einer Öffnung gezwungen; Oppositionsparteien, die bisher nur im Untergrund operiert hatten, konnten jetzt legal arbeiten. Die "Fundamentalisten" trugen ein ultra-rückschrittliches Projekt vor, hauptsächlich mit drei Schwerpunkten:

1. Die Frauen sollen von jeder Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Es steht nirgends geschrieben, aber es gibt unzählige Taten, die in diese Richtung gehen: Die Frauen sollen nur noch das Recht haben, auf die Straße zu gehen, nicht mehr. Z.B. kannst du keine Frauen auf der Straße zusammen diskutieren oder lachen sehen, wie die Männer, oder in ein Café gehen, das wird als Anmaßung verstanden.

2. Die Frauen sollen in ihrer Privatsphäre eingeschlossen werden. Ihre Rolle beschränkt sich auf die Reproduktion des Geschlechts, das wird sogar noch mit positiven Begriffen belegt, wie: "Ihr seid die Mütter der Nation".

3. Schließlich sollen die Frauen auch aus der Arbeitswelt ausgeschlossen werden. Denn schließlich gibt es bei uns eine ernste wirtschaftliche Krise und da wird dasselbe Argument bemüht wie überall: Die Frauen nehmen den Männern die Arbeitsplätze weg. Offiziell gibt es bei uns zur Zeit 23 Prozent Arbeitslose, und der einfachste Ausweg scheint, die Frauen an den Herd

zurückzuschicken, damit die Männer Arbeit haben. Was dabei aber vergessen wird — die Frauen wissen es oft selber nicht: Es gibt nur 350.000 erwerbstätige Frauen in Algerien von insgesamt 24 Millionen Menschen, von denen 53 Prozent Frauen sind. Das ist lächerlich, 350.000, bei einer Arbeitslosenquote von 23 Prozent.

Das erklärt aber auch, warum der Staat auf die Angriffe der "Fundamentalisten" nicht reagiert. Er ist völlig unfähig, ein Problem wie das der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Das hat den "Fundamentalisten" einen beträchtlichen Spielraum verschafft: sie halten frauenfeindliche Reden, fordern öffent-

haben die Frauenverbände eine nationale Demonstration organisiert; sie sind am 2. Juli 1989 mit einer Erklärung vor die Nationale Volksversammlung gezogen. Es waren Tausende von Frauen, obwohl wir nicht die Mittel für eine breite Propaganda haben; unsere Flugblätter sind schlecht und oftmals können die Frauen nicht lesen. Wir mußten von Haus zu Haus ziehen. Die Idee, eine nationale Koordination der Frauen aufzubauen, ist aus diesen Kämpfen heraus entstanden. Wir haben uns gesagt: Angesichts einer solch mörderischen Gefahr können wir nicht getrennt, jede in ihrem eigenen Winkel, weiterarbeiten. Wir müssen diskutieren, was wir gemeinsam dagegen unternehmen wollen.

Die Überfälle der "Fundamentalisten" haben erst aufgehört, als der Wahlkampf zu den Kommunalwahlen (so ähnlich wie Gemeinderatswahlen in Österreich) begann: das geschah ganz plötzlich. Wir machen uns aber keine Illusionen; wir wissen, daß es ihnen nur darum ging, sich als vernünftige, maßvolle Leute darzustellen, um größere Einbrüche in der Wahlbevölkerung zu erzielen; mit diesen terroristischen Überfällen hätten sie bei den Frauen, die in Algerien wahlberechtigt sind, keinen Blumentopf gewonnen.

Dafür haben sie jetzt eine viel hinterhältigere, gefährlichere Propaganda entwickelt. In ihrem Wahlkampf haben sie eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die von den Frauen positiv aufgenommen wurden. Sie haben z.B. einen Hausfrauenlohn vorgeschlagen; das ist ungeheuerlich. Die Frauen aus dem Volk haben gesagt: Das ist das erste Mal, daß diese Arbeit, diese Hausklaverei, die wir leisten, die keiner sieht, anerkannt wird. Sie haben des weiteren vorgeschlagen, daß das Wasser zu gleichen Teilen auf die Stadtteile aufgeteilt wird. In Algerien ist Wasser eine ständige Existenzsorge; in den Vierteln der Reichen gibt es Wasser, in denen der Armen nicht. Sie haben den Jugendlichen Arbeit versprochen. Mit solch ganz konkreten Vorschlägen haben sie sich viele Sympathien erworben, denn es gibt eine wirkliche Enttäuschung über das bisherige Regime, während die bürgerlich-demokratischen Parteien sich darum nicht kümmern; denen sind solche Anliegen egal. Das zeigt aber auch, daß nur eine solche Alternative eine Chance hat, die sich der tatsächlichen Sorgen der großen Masse der Bevölkerung annimmt. So haben sie der Mehrheit der Gemeindevertretungen erobert können.

Zur Zeit befinden wir uns wieder im Vorwahlkampf zu den Parlamentswahlen. Da setzen sie diese Strategie fort. Sie präsentieren sich als die, die die Würde der Frauen verteidigen; einige von ihnen fordern für die Frauen sogar das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit; sie gehen sogar so weit, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation zu berufstätigen Frauen einzuklagen — aber jedesmal fügen sie hinzu; im Rahmen der islamischen Werte. Zur

SPENDEN FÜR DIE ALGERISCHE FRAUENBEWEGUNG

Chafia Djemame, Vorsitzende der Frauenvereinigung von Constantine, bat auf ihrer Europarundreise, die erst kürzlich stattfand, um großzügige Spenden für die algerische Frauenbewegung. Infrastruktur muß geschaffen werden (Frauenhaus, Büros der Frauenbewegung,...), Fonds müssen angelegt werden, denn wenn die FSI an die Macht kommt, werden einige der verantwortlichen Frauen ins Exil gehen müssen.

SPENDENKONTO: Z — Kontonr. 610 485 005 (Kennwort: Algerien)

lich zum Mord von Frauen auf. Die Regierung gibt diesem Druck nach, indem sie z.B. die Koeduktion (Gemeinschaftserziehung von Jungen u. Mädchen in Schulen u. Internaten) an den Schulen wieder verbieten will. Dies ist ein ganz zentrales Projekt der "Fundamentalisten".

Am Anfang hielten die "Fundamentalisten" nur frauenfeindliche Reden; aber nach und nach schritten sie zu Taten; in allen Moscheen Algeriens wurde regelrecht zum Mord aufgerufen. Fast das ganze Jahr 1989 hindurch hat das angehalten. Ich gebe ein paar Beispiele:

Im Süden gab es eine Gruppe von "Fundamentalisten", die beschlossen hat, eine alleinstehende Frau aus der Stadt zu verbannen. Sie wollten sie vor ein Gericht bringen, forderten von der Polizei, daß die Frau aus der Stadt verbannt werde. Sie stellten der Frau ein Ultimatum(!) von zwölf Tagen. Nach zwölf Tagen zogen sie nachts mit Benzinkanistern vor ihr Haus und zündeten es an. Die Frau konnte sich gerade noch mit ihren drei größeren Kindern retten, ihr zweijähriges Baby verbrannte. Sie konnte es nicht mehr aus den Flammen retten. Die Frau hatte beim Nachbarn an die Tür geklopft, aber der hat sich geweigert einzuschreiten; sie ist dann zur Polizei gerannt, die Station liegt 600 Meter entfernt, aber die Zeit hat nicht gereicht.

In einem Vorort von Algier lebten einige ältere verwitwete Frauen. Sie haben sie mit Gewalt aus dem Haus getrieben, das Haus besetzt und ihnen erklärt, sie sollten weggehen, sie hätten nicht das Recht allein zu leben. Solche Fälle haben sich gehäuft; viele Frauen wurden terrorisiert.

Bereits als der erste Fall bekannt wurde,

Zeit achtet niemand auf diesen Zusatz, was heißt das schon: im Rahmen der islamischen Werte? Die Frauen, die politisch aufgeschlossen und aktiver sind, merken, wohin die Reise geht: In den Gemeindehäusern, in denen die "Fundamentalisten" die Mehrheit haben, haben sie bereits getrennte Büros für Männer und Frauen eingerichtet; in einigen Städten haben sie getrennte Busse für Männer und Frauen eingeführt; haben Schulklassen durch eine Mauer voneinander getrennt, usw. Das ist ein Gesellschaftsprojekt der Apartheid gegen Frauen. Und wir wissen ganz genau, daß sie, um es durchzusetzen, auch vor dem Mord an Frauen nicht zurückschrecken, denn sie haben das schon getan. Aus unserer Sicht ist die weiche Welle, die sie fahren, pure Taktik.

Wie kam es zum Ausnahmezustand? :

Die Parteien, besonders die FSI begann wie oben geschrieben intensiv Frauen(stimmen) zu gewinnen. Und nicht nur diese Stimmen. Die Fundamentalisten standen vor dem Problem, in den vielen Gemeinden,

in denen sie bei den Gemeinderatswahlen 1990 die Mehrheit gewonnen hatten, ihre Versprechungen umzusetzen. Doch die Taten blieben aus. Mit der wachsenden Unzufriedenheit ihrer AnhängerInnen konfrontiert, ging die FIS im Juni 1991 in die Offensive und rief den Generalstreik aus. Der mit gewaltigen Demonstrationen zur Schau getragen wurde, diese Wahlwerbung hatte einen riesen Erfolg bei den ArbeiterInnen. Der Generalstreik fand auch in den westlichen Medien große Bedeutung. Vor allem deshalb, weil die regierende FLN gegen die DemonstrantInnen Militär und Polizei auffahren ließ und in die Menge geschossen wurde. Der Ausnahmezustand wurde verhängt, Verschiebung der Parlamentswahlen auf unbestimmte Zeit erlassen, Verhaftungen der FIS-Führer eingeleitet. Die Taktik der FSI ging auf: sie hatten in der ArbeiterInnenbewegung an Prestige gewonnen. Auch wenn die Streikbewegung keine durchwegs islamisch-fundamentalistische Bewegung war, denn die Menschen demonstrierten zwar, aber nicht durchgehend aus religiösem Fanatismus. Die FLN dagegen hatte zwar ihrer Angst vor einer Wahnie-

derlage genüge getan, aber sich bestimmt nichts gutes getan, nicht für die Wahlen.

Die Frauenbewegung muß sich nun trotz der schwierigen Verhältnisse und der Unsicherheit über den Termin auf die nächsten Wahlen vorbereiten. Sie wird eigene Kandidatinnen auf der Liste der PST zur Wahl stellen können: Die PST hat bereits den Ruf einer "Frauenpartei", weil bei ihren Demonstrationen besonders viele Frauen teilnehmen, und sogar, zum Unverständnis der Konservativen, als Ordnerinnen eingesetzt werden. Weibliche Aktivistin zu sein, erfordert in Algerien Mut und täglich neue Durchsetzung. Allein die Treffen werden immer gefährlicher, weil es auf Wohnungen, in denen sich Frauen versammelten, bereits Bombenanschläge gab. Doch wir Frauen lassen uns nicht unterkriegen. Wir machen unsere Versammlungen in den traditionellen Frauenbädern oder übermitteln unsere Nachrichten an den Wasserbrunnen. Die Kreativität des weiblichen Widerstandes ist eben verstärkt gefordert.

Nicaragua Militäraktionen gegen "Recontras"

(ides)

Die nicaraguanische Armee hat am Mittwoch (Anm. tip.:das genaue Datum wäre schon recht interessant) eine Offensive gegen die sogenannten "Recontras" gestartet, die seit Anfang des Jahres gegen die Regierung kämpfen, gab Armeesprecher Ricardo Wheelock bekannt. Der Erzbischof von Managua, Kardinal Obando y Bravo, sprach sich gegen den Militäreinsatz aus und warnte vor einem "Blutbad". Bei den "Recontras" handelt es sich um Angehörige der ehemaligen "Contras". Seit Anfang dieses Jahres sind Teile von ihnen im Norden und im Zentrum des Landes wieder aktiv geworden.

Bei "Recontras" soll es sich nach Armeebereichten um rund 1000 Mann handeln. In den letzten Monaten traten auch prosandinistische Guerilleros ("Recompas") gegen die "Recontras" auf den Plan.

Ziel der Militäraktion ist, die nach Angaben der Armee etwa 70 Mann starke Rebellen-Gruppe des "Commandante Rojito" im 150 km östlich von Managua gelegenen Bezirk Chontales.

Bei einem Überfall am vergangenen Wochenende waren den "Recontras" Gewehre, Granaten und Munition in die Hände gefallen. Dabei waren 30 Soldaten und Polizisten von den Rebellen mehrere Stunden lang festgehalten worden.

Die "Recontras" hätten nur deshalb Erfolg gehabt, weil die Armee den Auftrag hatte, Konfrontationen mit den Rebellen nach Möglichkeit zu vermeiden, erklärte ein hoher Armeeeoffizier, der ungenannt bleiben wollte.

Doch Dialogbereitschaft und Toleranz hätten ihre Grenze, erklärte der Militärsprecher. "die Armee muß niemanden um Erlaubnis bitten, um die Anordnungen der Staatsführung zur Entwaffnung der Aufständischen durchzusetzen".

Laut Wheelock werden bei der Offensive die Luftwaffe, Bodentruppen und nötigenfalls auch die Artillerie zu Einsatz kommen. "Wir werden die Ordnung um jeden Preis wiederherstellen", versicherte er. Unterdessen sprach sich der Erzbischof von Managua, Kardinal Miguel Obando Bravo, gegen jeden Militäreinsatz gegen die "Recontras" aus. "Ich appelliere an Präsidentin Violeta Chamorro, im Namen des Friedens ein Blutbad und die Rückkehr des unerwünschten Krieges zu verhindern er-

klärte der Kardinal am Mittwoch im Radio.

bezahlte Anzeige

Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Haini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 4083626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 5121967

Niederlande:

SchwarzarbeiterInnen organisieren sich

In den Niederlanden arbeiten zehntausende illegale ausländische ArbeiterInnen. Sie kommen v.a. aus der Türkei und Marokko und aus anderen nordafrikanischen Ländern wie Ägypten oder Tunesien. Sie arbeiten dort, wo die Arbeit unqualifiziert, schwer, dreckig und gefährlich ist: auf dem Bau, in der Landwirtschaft, im Fischereigewerbe, im Hafen, in der Konfektions- und Metallindustrie. Sie stellen die Kleidung her, die in Großkaufhäusern wie C&A verkauft wird. Auch die Holland-Tomaten werden von den "Illegalen" für mieseste Löhne gepflückt.

1989 haben türkische NäherInnen in Amsterdam das Solidaritätskomitee Illegale KonfektionsarbeiterInnen (SKIKA) gegründet, eine Selbstorganisation mit inzwischen 300 Mitgliedern. In anderen Städten Hollands haben sich ähnliche Komitees gebildet. Und auch die illegalen ArbeiterInnen in den Treibhäusern bauen jetzt ein Komitee auf.

Die Komitees kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen und für Legalisierung, nach dem Motto:

Legalisiert die ArbeiterInnen, nicht die Ausbeutung!

(gekürzt und leicht bearbeitet; aus WILDCAT 57, Oktober/November 91; geschrieben von WILDCAT (in der BRD erscheinende Zeitung mit Schwerpunkt Arbeitskämpfe, Klassenkampf,...) in Zusammenarbeit mit der niederländischen Gruppe "OPSTAND")

Waren es in den 60er Jahren vor allem die Großbetriebe, die ArbeitsmigrantInnen rekrutierten, so sind es heute die Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe. Neue Technologien und Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistung haben den Bedarf an billiger, unqualifizierter und unorganisierter Arbeitskraft in die Klitschen verschoben.

zB KONFEKTIONSINDUSTRIE

Bis in die 70er Jahre hinein wurde die Kleidung nah am Markt produziert. C&A

Das TATblatt und die ArbeiterInnenkämpfe...

Berichte aus der sogenannten Arbeitswelt, von der Unterdrückung die dort läuft, von den Kämpfen die dort ausgetragen werden, eine Auseinandersetzung mit gewerkschaftlicher Arbeit und mit anderer revolutionärer Arbeit in den Betrieben, mit ArbeiterInnenselbstverwaltung, mit Klassenkampf usw. usf., all das ist im TATblatt bislang immer nur sehr kurz gekommen. Nun soll das aber anders werden.

Wir wollen versuchen, autonome Organisation von Lohnabhängigen irgendwie voranzutreiben, wenn wir auch noch nicht wissen, wie das aussehen könnte. Wir hoffen, daß sich da gemeinsam mit all jenen von euch, die sich da nun angesprochen fühlen, irgendwas entwickeln könnte.

Vorerst wollen wir mit einem Aufruf beginnen: Schreibt uns, was ihr so an argen Sachen erfahrt, erlebt etc. Schreibt uns von Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz, von Arbeitskämpfen im Großen und im Kleinen, von persönlichen Erlebnissen, etc. Wir wollen das sammeln, verarbeiten, veröffentlichen.

Außerdem wollen wir Berichte über Arbeitskämpfe, ArbeiterInnenselbstorganisation etc. aus anderen, hierzulande nicht so verbreiteten, Medien übernehmen. Zum wasdaraus-Lernen und damit ein Anfang gemacht wird, in diesem neuen kontinuierlichen Schwerpunktthema des TATblatts....

hatte eigene Fabriken in den Niederlanden. Dann begannen die Verlagerungen in die sogenannten Billiglohnländer. Die Fabriken in Brabant, Twente und Amsterdam wurden geschlossen, die ArbeiterInnen flogen auf die Straße. Die neuen Fabriken

entstanden in Ländern wie Tunesien, Südkorea und Taiwan. Die Zahl der Arbeitsplätze im niederländischen Konfektionssektor nahm zwischen 1972 und 1974 um 36% ab; Ende der 70er Jahre waren von den ehemals 70 000 Arbeitsplätzen nur noch 15 000 übrig geblieben.

In den 80er Jahren gibt es dann nicht nur Verschiebungen zwischen verschiedenen Trikontländern ("Neue" Länder der Konfektionsindustrie sind u.a. Bangladesch und Indonesien). Ein Teil der Kleidungsproduktion kehrt wieder in die Metropolen zurück. Die westeuropäischen Konfektionszentren erleben eine ungekannte Blüte. Statistisch ist dieser Aufschwung schwer zu erfassen, denn der größte Teil der neuen ArbeiterInnen in diesem Sektor sind illegale, ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Für Amsterdam wird geschätzt, daß dort 3-4000 illegale ArbeiterInnen, meist türkische Männer, 60% der Kleidungsproduktion herstellen. Andere Zentren in Europa sind Paris, London und Emilia Romagna. Als Gründe für die Rückkehr der Kleidungsproduktion werden der immer schnellere Wandel der Mode und gestiegene Qualitätsansprüche genannt. Schnelles Reagieren auf Markt und Qualitätskontrolle sind für Großkonzerne bei kurzen Lieferwegen einfacher. Besonders die modische Kleidung wird wieder in Europa produziert, während die Massenproduktion weiterhin in sog. Billiglohnländern stattfindet. Es gibt aber bereits Anzeichen dafür, daß auch sie



zunehmend nach Europa verlagert wird. Denn vor allem ist es den Großkonzernen durch Auslagerungen gelungen, die Produktionskosten in den Metropolen drastisch zu senken. Die Einkaufspreise sind in Amsterdam in den letzten zehn Jahren zwischen 100 und 200% gefallen.

In Amsterdam sind hunderte von kleinen Nähstuben entstanden. Meist werden sie von MigrantInnen betrieben, zB von türkischen ehemaligen FordarbeiterInnen. Sie stehen in harter Konkurrenz zueinander. Konzerne wie C&A können die Preise diktieren. Um die sinkenden Gewinnspannen aufzufangen, greifen die KleinunternehmerInnen in den Sweatshops zu zwei Mitteln: Sie rekrutieren die billigsten ArbeiterInnen — illegale — und sie lagern selbst weiter aus. Kleinstnähtuben haben sich auf Knöpfe-Annähen, Knopflöcher-Machen, Bügeln oder Verpacken spezialisiert, und eine wachsende Zahl von HeimarbeiterInnen bildet das unterste Ende der Zulieferpyramide.

DAS SOLIDARITÄTSKOMITEE ILLEGALE KONFEKTIONSARBEITERINNEN SKIKA

Aus einem Interview mit einem Aktivistin von SKIKA:

„Wir haben 1989 mit einigen politisch bewußten Leuten angefangen. Wir haben zunächst ein Flugblatt gemacht, in dem Arbeitsbedingungen in den Nähstuben be-

schrieben wurden. Außerdem enthielt es unsere Forderungen und den Aufruf zu einem Treffen im Gewerkschaftshaus. Dort beteiligten sich einige Gewerkschaftsfunktionäre und wir hatten gehofft, die Unterstützung der Gewerkschaft zu gewinnen. Die sagten aber, sie könnten für uns leider nichts tun, solange die Leute nicht Mitglied der Gewerkschaft sind. Daraufhin haben wir 2-300 Aufnahmeanträge gesammelt und ihnen gesagt, diese Leute werden eintreten, wenn ihr sagt, was ihr für uns machen könnt. Aber sie konnten uns keine konkreten Antworten geben.

In dieser Zeit (Frühjahr 1989) wurde vom holländischen Staat in Abstimmung mit den Unternehmern eine Maßnahme beschlossen, die die Beschäftigung illegaler Arbeitskräfte einschränken sollte. Nach dieser "Maßnahme 3. April" sollten die Nähstuben und andere Unternehmer nachweisen, daß sie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für ihre Beschäftigten entrichtet haben, bevor sie Aufträge von den großen Firmen wie C&A erhalten. (In den Niederlanden ist es möglich, für Illegale Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Allerdings haben diese dann aufgrund ihrer Illegalität keinen Anspruch auf die Leistungen der Sozialversicherung in vollem Umfang.) Wir haben an dem Punkt gesagt, o.k., die illegalen ArbeiterInnen sollen diese Beiträge zahlen, aber dann sollen sie auch Anspruch auf die Sozialleistungen der Kranken- oder Arbeitslosenversicherung haben, was nicht der Fall ist. In Wirklichkeit verschärft diese Maßnahme die Ausbeutung, weil die Nähstuben-Besitzer die Beiträge oft vom Lohn abziehen. Die Preise für die hier gefertigten Waren sind sehr niedrig und oft verdienen auch die Besitzer der Nähstuben nicht sehr viel. Im Grunde handelt es sich bei diesen Beiträgen um 'Schutzgelder', die der Staat den Nähstuben abreißt. Die Beiträge werden auch nicht vollständig bezahlt. Der Staat hatte mit 20 Mio fl (1 Holländischer Gulden=7-8ösch) gerechnet. Es wurden aber nur 4 Mio gezahlt. Die Nähstuben-Besitzer geben nicht die wirkliche Arbeitszeit der Leute an, noch nicht einmal 40 Stunden, sondern nur 10-12 Stunden pro Woche.

Nachdem wir mit einer Handvoll von Leuten angefangen hatten, haben wir für das Komitee geworben und heute sind 99% unserer Mitglieder Arbeiter aus diesem illegalen Bereich. Es sind bisher nur Leute aus der Türkei. Wir bemühen uns auch um Kontakt zu Leuten aus Pakistan, Ägypten und anderen afrikanischen Ländern, die dort arbeiten, aber da gibt es große Sprachprobleme. Im Unterschied zum legalen Bereich, wo die überwiegende Mehrheit der Arbeitskräfte Frauen sind, arbeiten in den illegalen Nähstuben fast nur Männer.

„Wir haben in den Nähstuben Flugblätter ausgelegt. Dann gibt es bestimmte Kaffeehäuser, in denen auch die Chefs der Ateliers anrufen, wenn sie Arbeitskräfte brauchen. Da haben wir unsere Flugblätter ausgelegt und unsere Telefonnummer ausgehängt. Und viel geht über Mundpropaganda. Die Leute erzählen sich weiter, daß es das Komitee gibt, daß sie mit ihm zusam-

men ihre Rechte durchsetzen konnten, usw. Wenn etwas ansteht, machen wir Treffen, die wir auf Flugblättern ankündigen. Wir wollen aber nicht, daß das Komitee zu einer Institution wird. Entscheidend ist, wer sich aktiv beteiligt. Wir haben daher auch keinen Vorstand oder sowas. Es gibt jetzt etwa 300 Mitglieder, aber wir haben aufgehört, Mitglieder zu werben, weil es nicht darauf kommt, sondern darauf, sich aktiv an dem Kampf zu beteiligen.“ „Wir arbeiten in zwei Richtungen. Das eine ist die Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen den Skandal aufzeigen, daß in einem Land wie den Niederlanden noch 16 Stunden am Tag gearbeitet wird, unter miesesten Bedingungen, und damit unsere Forderung nach Legalisierung, also Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verbreiten. Diese Arbeit wird aber zum größten Teil vom Unterstützungskomitee OKIKA gemacht. Natürlich wird der Kampf mit der Legalisierung nicht aufhören, aber die Illegalität ist der Hauptgrund für die schlechten Arbeitsbedingungen.“

Die praktische Arbeit von SKIKA besteht darin, zusammen mit den Leuten für ihre Rechte zu kämpfen. Dabei ist es uns wichtig, daß wir das nicht für die Leute tun, sondern daß sie selbst aktiv werden. Ein Problem ist zB immer wieder, daß die Löhne nicht ausgezahlt werden. Wir sagen den Leuten dann, sie sollen selbst hingehen, und den Lohn einfordern. Wir gehen auch mit ihnen zu den Chefs, aber dann sollen sie selbst reden. Wir helfen ihnen auch, wenn sie Probleme mit den Behörden haben. Nein, Streiks in den Nähstuben hat es noch nicht gegeben.“

ORGANISIERUNGSVERSUCHE IN DEN TREIBHÄUSERN

Nach dem Vorbild von SKIKA haben illegale ArbeiterInnen aus den Treibhäusern im Frühjahr 1991 in Den Haag ein ähnliches Komitee aufgebaut. In den holländischen Treibhäusern arbeiten schätzungsweise 16 000 Illegale. Die Arbeitsbedingungen sind mit denen in der Konfektionsindustrie und in anderen Sektoren, in denen Illegale arbeiten, vergleichbar: Arbeitstage von 10 Stunden und mehr, niedrige Löhne, miserable Bedingungen, Einschüchterungen und Gewalt, Razzien und Repression von staatlicher Seite. Es gibt jedoch auch einige Unterschiede, die die Organisierung in diesem Bereich schwieriger machen. Die illegalen TreibhausarbeiterInnen arbeiten viel isolierter voneinander. Die Kontakte bei der Arbeit sind weniger zahlreich und intensiv. Die Arbeitsplätze in den Treibhäusern sind geografisch weit verstreut und von den Wohnorten entfernt. Die Nähklitschen in Amsterdam liegen dagegen in den Vierteln, in denen die Illegalen auch wohnen. Dies führt zu einer unterschiedlichen Rekrutierungspraxis. Die Nähstuben-Unternehmer stellen die Illegalen direkt ein, indem sie zB bei einem Kaffeehaus einen Bus vollladen. In den Treibhäusern sind meist Sklavenhändler dazwischengeschaltet; die TreibhausarbeiterInnen müssen so gegen zwei verschiedene Chefs kämpfen. Außerdem wird die Organisierung durch die vielen verschiedenen

Nationalitäten und Sprachen erschwert.

Das Den Haager Komitee will deshalb zunächst versuchen, in einzelnen Betrieben "Brückenköpfe" aufzubauen, um so einzelne Unternehmer unter Druck setzen und Verbesserungen durchsetzen zu können. Sie wollen dabei auch die Zusammenarbeit mit radikalen legalen ArbeiterInnen verstärken, die ebenfalls von dem Druck auf die Löhne betroffen sind, der von der Beschäftigung von Illegalen ausgeht. Damit wollen sie auch gegen die rassistische Spaltung der ArbeiterInnen vorgehen. Außerdem will das Komitee in den Vierteln, in denen viele Illegale wohnen, mobilisieren.

STAATLICHE LEGALISIERUNGSPOLITIK = KONTROLLE DES ARBEITSMARKTES

Die niederländische Regierung hat eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, um die Zahl der illegalen ArbeiterInnen drastisch zu senken. Sie wollen einen Teil der illegalen Arbeit aus der Schattenwirtschaft herausholen. Durch schärfere Kontrollen und Ausweisungen von Illegalen ist es bereits gelungen, Millionen an zusätzlichen Steuern und Sozialabgaben einzutreiben. Die Nähstubenbesitzer führen unter diesem Druck mehr als vorher ab. Diese Erhöhung der Produktionskosten kompensieren sie dadurch, daß sie die ArbeiterInnen in ihren Nähstuben noch mehr auspressen.

Außerdem wird die Produktion durch diese Politik noch unsichtbarer. Es wird weiter spezialisiert und ausgelagert, um die Produktivität zu erhöhen. Nähstuben mit zB 20 ArbeiterInnen und 15 Maschinen werden in 4 oder 5 kleinere Nähstuben aufgeteilt. Dies trifft wiederum die ArbeiterInnen, die dann im Kampf gegen ihre Chefs noch isolierter und schwächer dastehen.

Die Staatspolitik gegen die illegale Produktion treibt praktisch die Ausbeutung der Illegalen voran. Die ökonomische Bedeutung der Sektoren, in denen Illegale arbeiten, untermauert diese Schlußfolgerung. Die Konfektionsindustrie ist eine der am meisten florierenden und am schnellsten wachsenden Branchen der niederländischen Wirtschaft. Auch die Treibhäuser haben für den niederländischen Export große Bedeutung. Sie exportieren jährlich Paradeiser, Gurken und Blumen für 6 Milliarden Gulden.

Unter diesem Aspekt müssen auch die absurd strengen Vorbedingungen gesehen werden, die der Staat für eine Legalisierung stellt. Für eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis müssen Illegale nachweisen, daß sie 6 Jahre lang ununterbrochen gearbeitet und dabei Steuern und Sozialabgaben bezahlt haben. Dazu ist selbstverständlich kaum jemand in der Lage. Eine ähnliche "Regularisierungs-Verordnung" wurde 1987 erlassen. Seit dieser Zeit konnten noch keine 50 illegalen ArbeiterInnen die erforderlichen Nachweise vorlegen. Die Legalisierung von einzelnen, kleinen Gruppen (wie kürzlich im August eine Gruppe von MarokkanerInnen) ist von daher nur Augenauswischerei. Die Selbstorganisationen fordern die bedingungslose Legalisierung sämtlicher Illegaler. ●

Die Lage in Griechenland spitzt sich zu!

(Alexander; *Ta Néa, Eleftherotipia, Ethnos, Rizospastis, ANA*)

Der Internationale Währungsfonds lobt Griechenland. Ein Programm der radikalen "Entnationalisierung" wird durchgezogen, Tausende wurden bereits entlassen, zahlreiche Inseln werden veräußert, die Preise schnellen in die Höhe. So ist während der letzten 40 Tage der Preis für Kalbfleisch in zahlreichen Geschäften Athens bis um 25 % gestiegen, die maximale Steigerung bei Filetfleisch betrug 32 %, die Herstellungskosten für Neubauwohnungen stiegen in einem Jahr um 20 %. Zahlreiche Arbeitslose erhalten bereits von den Gemeinden Notpakete. Besonders arg betroffen sind Arbeitslose und Invaliden. Viele müssen von Hungerpensionen von ungerechnet 2000, 3000, oder wenn's gut geht 4000 S leben. Für die Jungen, die aus dem elenden und verkommenen öffentlichen Ausbildungssektor kommen, ist die Situation katastrophal. Sie haben schon während der Schule oder des Studiums arbeiten müssen, unter anderem, um sich private Stützkurse leisten zu können: das ganze Land - besonders Athen - ist auf beinahe schon lächerlich Weise vollgespickt von privaten Nachhilfeschoolen (frontistíria) und auch sonst Privatschulen.

Gegen all dies wehren sich die Leute. Am 22. Oktober waren in mehreren griechischen Städten die Rentner auf der Straße, am 7. und 8. November demonstrierten die Bauarbeiter, im Gesundheitssektor fanden Streiks und Besetzungen statt. Am 7. November fand ein Generalstreik statt, der von der *GSEE* (dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund) organisiert wurde. Er richtete sich gegen die hohen Lebenshaltungskosten, die Privatisierung der Staatsfirmen und die willkürlichen Versetzungen der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes.

Die verhaßte und eklige Sonderpolizei *MAT* fährt mit aller Brutalität drein, wie beispielsweise kürzlich in ein besetztes Krankenhaus und schlug Schwestern wie Kindern die Köpfe blutig. Das Land wird außerdem zum Kriegsschauplatz hochgerüstet, die Südfront der NATO soll ausgebaut werden. Nachdem bereits 76 F-16 (atomar bestückte Raketen) aus Spanien nach Süditalien verbracht werden, soll jetzt auch Griechenland, zusätzlich zu den dort bereits vorhandenen 40 F-16, weitere 20 F-16 erhalten! Zusätzlich dazu sind bereits 40 französische *Mirage* im Land. - Am 1. November gab die Bush-administration bekannt, daß an Griechenland 20 Helikopter, 446

Panzerabwehrraketen, Nachtsichtgeräte, Zielsucheinrichtungen zum Preis von 505 Millionen Dollar verkauft werden!

Extrem brutale Ausländergesetze sind in Vorbereitung: so sieht ein Gesetzesentwurf vor, daß ausländische ArbeiterInnen ihre Familien erst nach 5 Jahren nachholen dürfen. Tagtäglich werden Fremde von öffent-



Albanische Flüchtlinge werden am Omoniaplatz festgenommen

lichen Plätzen von der Polizei verschleppt und anschließend ausgewiesen. Kürzlich ist ein Albaner, der nach Griechenland flüchten wollte, an der Grenze erschossen worden. Ein Warnschuß sei abgegeben worden - der Warnschuß traf ihn aber ins Herz! Er war zwischen 25 und 30 Jahre alt. Er hatte einen 5000 Drachmen-Schein (etwa 200 S) in der Tasche. Wer weiß, mit wieviel Mühe und List er ihn sich ergattern mußte. - Eine Politik, die noch einem Löschnak zum Vorbild dienen könnte!

Im Ausbildungssektor (*Pedía*) ist die Mobilisierung wieder auf der Höhe angelangt, auf der sie sich im vergangenen Jän-

ner befand. Seit Mitte September, seit Schulbeginn also, haben auch wieder die Schulbesetzungen (*katalipsis*) begonnen - in der regierungsamtlichen Diktion der englischsprachigen staatlichen Nachrichtenagentur werden sie *sit-ins* genannt. Anlaß für die Protestaktionen war unter anderem ein präsidentielles Dekret, mit dem die An-

hebung des Notendurchschnitts aus allen Fächern verfügt wurde, welcher Voraussetzung ist für die Berechtigung, ohne Zusatzprüfung in den nächsten Klassenzug aufzusteigen. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß es in Griechenland ein aufgeblähtes Notensystem gibt, das 20 Punkte umfaßt! Wer allerdings nun in 4 Fächern unter 10 liegt, der kann nur weiterrücken, wenn er oder sie in weiteren 4 Einzelfächern über der Grenze von 13 liegt. Aber nicht nur gegen diese mathematische Zersplitterung ihrer Klassen wehren sich die Schüle-

Innen vehement...

Während der letzten drei Wochen fanden mehrere Demonstrationen in Saloniki, sowie in Athen statt, und zwar diesmal hauptsächlich aus SchülerInnen bestehend - nur in Saloniki waren viele StudentInnen dabei. In beiden Städten - in denen Dutzende von Schulen besetzt sind - werden, zur Verzweiflung der christdemokratischen Regierung, die demonstrierenden und besetzenden Schüler und Schülerinnen immer jünger: jetzt gehen sogar schon die 12- und 13-Jährigen auf die Straße, und zwar sehr viele. An den radikalsten Höheren Schulen (*Gymnasien*, auf Griechisch: *likía*) hat sich



eine Widerstandskultur entwickelt - meist nennen sie sich *anarchiki*: anarchistisch! - die die Schulen als Orte radikaler Öffnung für die gesamte Bevölkerung versteht: *Antischulen* werden sie genannt. Unglaublich und intensiv der Witz, der bei den Demonstrationen produziert wird. Den Passanten riefen die Athener SchülerInnen zu: *Vielleicht könnt ihr mit Lottospielen Geld verdienen, damit ihr eure Kinder dann auf Privatschulen schicken könnt!* (Péxte Lótto na bgálete leftá, na páte ta pedιά sas sta idiotiká!) Oder man liest auf einem Spruchband: *Wir werden unsere Zukunft nicht denen anvertrauen, die unsere Gegenwart kaputt machen!* Oder es wird gerufen: *Gehen wir wieder ganz zurück, sollen nur die alten Zeiten wiederkommen, und alle Schulen zu Gefängnissen werden!* (Jirízume xaná, piso sta paliá, filakes na jínune ola ta scholiá!) *Wir wollen demokratische Schulen und nicht Gewächshäuser, in denen Schüler wie Pflanzen herangezogen werden.* (Théltume scholiá dimokratiká, ke óchi thermokípia ja mathitís fitiá!) -

Die Jugendsekretärin des *Synaspismós* (des Bundes der traditionellen Kommunistischen Partei, der kleinen sozialreformistischen "inlandskommunistischen" Partei, sowie einer weiteren, mehr im Zentrum gelegenen, Partei; sie wollen sich demnächst zu einer neuen Partei zusammenschließen!) hat sich ziemlich explizit hinter die SchülerInnen, deren Forderungen und Bewegung gestellt. Am 24. und 25. November wird - u.a. zu diesem Thema - ein gesamtgriechischer Kongreß der *Synaspismós*-Jugend in Athen stattfinden. Die SchülerInnen- und Jugendbewegung, die sich aus einer radikalreformerischen Tendenz und einer radikal antistaatlichen, antiautoritären zusammensetzt, die sich aber überlappen, will aber weder von einer Bevormundung durch *Pasok* (die Papandreou-Sozialisten), noch durch den *Synaspismós* etwas wissen. Die können ka Banki reißen bei denen.

Mehrere Male fanden während der vergangenen Wochen Großkundgebungen von SchülerInnen statt, so am 17. Oktober und am 24. Oktober. (Die oben zitierten Losungen stammen daraus). Am 24. eine Demo vom Polytechnío zum Erziehungsministerium.

Dabei wurden Photographen angegriffen, einige Kameras zerstört, ein Bus verbrannt. Am 17. war ein Bullenmotorrad in Flam-

nannte *ásylo*, das das verbietet, und das hier eindeutig gebrochen wurde.

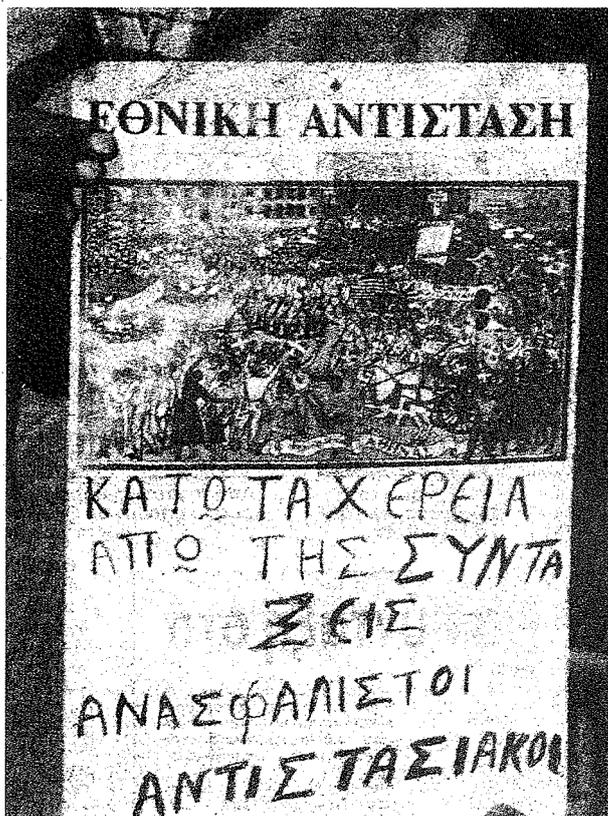
5 Schüler, die an der Protestaktion vor dem Erziehungsministerium teilgenommen hatten, wurden in einem beispiellosen Schnellverfahren zu Gefängnis zwischen 5 und 8 Jahren verurteilt, wie die staatliche Nachrichtenagentur ANA berichtet. Eine ganze stalinistische Liste von Verbrechen wird ihnen zur Last gelegt: Beschädigung fremden Eigentums, Landfriedensbruch, Behinderung des öffentlichen Verkehrs, Körperverletzung, Beleidigung der Staatsmacht, Brandstiftung. (Wahrscheinlich war's so: vor dem Tränengas wurden Schutzfeuer errichtet, dabei fing ein Teil des Polytechnío Feuer; genauere Berichte haben wir noch nicht!)

Alle wurden in das Korydallos-Gefängnis - in der Nähe von Athen - verschleppt, in dem sich noch eine Reihe von Faschisten der griechischen Junta befinden.

Weiteren 28 Jugendlichen, die verhaftet wurden, als die Polizei in das Polytechnío einbrach, wird separat der Prozeß gemacht. Wie im Falle etwa der Kriminalisierung der italienischen Linken der 70-er Jahre scheint die griechische Euro-Regierung es zu beabsichtigen, auf extrem übertriebene Weise benachbarte Verbrechen vorwürfe ineinander zu verschachteln, sodaß das einzelne Opfer aus diesem Gezwänge nicht mehr heraus kann. So wurden 6 von ihnen in einem Schnellverfahren von verschiedenen Vorwürfen wie *Vandalismus* wieder freigesprochen, 18 andere aber wurden wegen *Vandalismus* zu Gefängnisstrafen von 1 bis 3 Jahren verurteilt. Einer ist im Spital gelan-

det, ihm wird ein Extraprozeß gemacht werden. Gegen alle aber wird noch wegen Brandstiftung verhandelt werden!

In den frühen Morgenstunden des 2. 11. wurde ein mit 17 Personen besetzter Polizeibus beschossen, ein Polizist wurde dabei getötet, 6 verwundet. Die Polizei sagt, die Waffen stammen aus dem selben Militärdepot in Larissa, aus dem vor 2 Jahren bereits Munition entwendet wurde, die von der Organisation 17. November bei mehreren anderen Gelegenheiten verwendet wurde.



Plakattext: Nationaler Widerstandskampf. Weg die Hände von den Pensionen. Die unversicherten Widerstandskämpfer

men aufgegangen. Der Minister war am 24. nicht da, die SchülerInnen zogen ab; es wurden Barrikaden errichtet: "anarchistische Elemente". DemonstrantInnen flüchteten in das Polytechnío. Eine Stunde nach einem vom Rektor ausgesprochenen Ultimatum wurde das Polytechnío geräumt. Die Polizei hatte das Polytechnío - das Symbol des grie-



chischen Widerstands gegen die faschistische Junta - seit dem Faschismus nicht betreten. Es gibt auch ein Gesetz, das soge-

ren anderen Gelegenheiten verwendet wurde.

Palästina:

Ramya: Widerstand gegen die Bulldozer der israelischen Siedlungspolitik

Räumung bis 24. November aufgeschoben

Die EinwohnerInnen eines kleinen Ortes in Galiläa namens Ramya — israelische StaatsbürgerInnen arabischer Abstammung — haben Anfang September einen Gerichtsbeschuß erhalten. Laut diesem Gerichtsbeschuß müssen sie ihre Häuser und ihr rechtmäßig registriertes Land verlassen, wo sie seit Generationen gelebt haben, damit eine Siedlung für ImmigrantInnen aus der Sowjetunion an der Stelle gebaut werden kann.

Ramya ist ein kleines Dorf mit 17 Familien und 96 EinwohnerInnen, in der Nähe der Stadt Carmiel. Ramya wird bewohnt von Menschen beduinischer Herkunft, die ihr nomadisches Leben seit Generationen aufgegeben haben.

Landenteignung ist nicht neu, aber zum ersten Mal innerhalb von vierzig Jahren wird ein Dorf israelischer AraberInnen zerstört, um für JüdInnen Platz zu machen. Nachdem nach wie vor viele Menschen nach Israel einwandern, ist die Zerstörung von Ramya möglicherweise der Beginn einer neuen Vertreibungswelle. Der Schlußstrich muß jetzt gezogen werden.

„Die Vertreibung von ein paar Dutzend AraberInnen, die illegal auf öffentlichem Land wohnen — das ist der Preis für die Jüdisierung von Galiläa.“ Adi Eidar, Bürgermeister von Carmiel

(APC/TATblatt-Wien)

Der Finanzminister des israelischen Staates hat die rechtliche Autorität, Land für jedweden „öffentlichen Bedarf“ zu enteignen. Zurückgehend auf ein britisches Mandatsgesetz aus 1943. Es gibt nur geringe Möglichkeiten, die Tätigkeit des Finanzministers in dieser Hinsicht zu kontrollieren und einzuschränken. Bisher ist auch das kaum passiert.

1976 wurden große Flächen von Land in Galiläa enteignet, auf dem sich arabische Siedlungen befanden. (Eine dieser Siedlungen war Ramya. Die BewohnerInnen sagen, sie wurden niemals informiert.) Der größte Teil dieses Landes wurde explizit für eine zukünftige „Jüdisierung“ (Judaization) von Zentralgaliläa bereitgestellt. Zig von kleinen jüdischen Siedlungen, Mizpim (Ausblicke) genannt, wurde mit kompletter Infrastruktur auf Hügeln angelegt, manche von ihnen wesentlich kleiner als Ramya. Ramya jedenfalls wurde als zu klein bezeichnet, um als Siedlung anerkannt zu werden, daher

existiert es offiziell nicht. Obwohl Ramya lange vor der Gründung des Staates Israel existiert hat, bekommt es keinerlei Versorgung, ist in keine Art von Netz eingegliedert, erhält sich selbst ohne Leitungswasser, Elektrizität, Kanalisation, gepflasterten Straßen, Schulen oder Krankenhäusern — ebenso wie 120 andere „nicht anerkannte Siedlungen“ in „Green-line-Israel“ (das sind die 1948 besetzten Gebiete). Diese Orte bekommen auch keine Baubewilligungen, Neubauten werden abgerissen und Reparaturen nicht zugelassen. Der Gedanke dabei ist, daß die Menschen den Ort verlassen.

Das jüngste Anwachsen von Carmiel, durch ImmigrantInnen aus der Sowjetunion bedingt, hat die Vollstreckung der Enteignungen von 1976 durch die Landverwaltung zur Folge. In Carmiel trafen zwischen 100 und 150 Familien aus der Sowjetunion pro Monat ein. Die Menschen aus Ramya, von denen viele in Carmiel arbeiten, haben gute Kontakte zu den JüdInnen dort. Sie sehen die veränderte Realität, und sie haben ihre Bereitschaft erklärt, sich in eine Siedlung einzugliedern. Sie würden auch einen großen Teil ihres Ackerbau- und Wei-

delandes für einen akzeptablen Ausgleich aufgeben, aber sie wollen genug Raum, daß ihre Kinder in der Nähe leben können, wenn sie erwachsen sind. Nichtsdestotrotz: Das Bezirksgericht sagt „Nein“, die Landverwaltung sagt „Nein“, der Bürgermeister von Carmiel sagt „Nein“.

Dagegen steht: Es ist unrechtmäßig und unmoralisch, Land mit dem Argument „öffentlicher Nutzung“ zu enteignen, um Mitglieder eines Volkes durch Mitglieder eines anderen Volkes zu ersetzen.

Das Verhandlungsangebot der Behörden: 500 qm Land pro Familie, um ein Haus woanders zu bauen. (Und woher sollen sie das Geld zum Bauen nehmen?) Insgesamt wurde das 1,2 Hektar Land bedeuten im Tausch für die acht Hektar, die jetzt im Namen der DorfbewohnerInnen registriert sind.

Der Bürgermeister von Carmiel traf vor kurzem erstmals mit Leuten aus dem Dorf zusammen (die den Stadtgarten betreuen, auf den er sehr stolz ist). Möglicherweise als Reaktion auf den Druck der Öffentlichkeit bot er ihnen die 500 qm in Carmiel selbst an, am Stadtrand, aber nicht dort, wo sie jetzt wohnen. Aber das würde bedeuten, daß kein Raum zum Wachsen übrigbliebe, antworteten die DorfbewohnerInnen. Es würde eine Nachbarschaft für eine Generation bedeuten.

Seit Anfang September wird der Fall von Ramya auf eine Klage der DorfbewohnerInnen hin vom israelischen Obersten Gerichtshof bearbeitet. Aufgrund der oben geschilderten Rechtslage wurde es aber als unwahrscheinlich eingeschätzt, daß der Räumungsbefehl widerrufen wird. Für die Menschen in Ramya war klar, daß sie den Ort nicht verlassen würden: „Der Friedhof ist hier“, sagen sie. „Wir sind hier.“

Einen Tag vor dem geplanten Räumungstermin — am 15. September — fand eine kurzfristig einberufene Verhandlung statt, bei der der Räumungstermin auf den 1. Oktober verschoben wurde. Am 26. September wurde dann bekannt, daß der Oberste Gerichtshof den BewohnerInnen von Ramya einen zweimonatigen Aufenthalt garantiert hat, mit der Folge, daß die israelische Regierung während dieser zwei Monate keine Maßnahmen treffen kann, um die Menschen aus ihrem Dorf hinauszuer-

Über diesen Artikel

Politische und technische Anmerkungen

Dieser Artikel beruht zur Gänze auf Texten, die über Computernetzwerke — konkret über APC — zur Verfügung gestellt wurden. Dabei wurden die Texte in den Kästen ziemlich originalgetreu übersetzt, während der zentrale Text „Widerstand gegen die Bulldozer...“ aus vielen Einzelmeldungen zusammengesucht wurden.

Weil die Texte im wesentlichen Übersetzungen sind, stimmen sie auch nicht nach Strich und Punkt mit unserer politischen Einschätzungen überein — auch deswegen, weil der Widerstand zu wesentlichen Teilen von Gruppen wie Peace now, Rabbis for Human Rights, International Jewish Peace Union (IJPU) organisiert wurden, die sich im wesentlichen mit dem israelischen Staat einverstanden erklären. Das tun wir (TATblatt) nicht. In diesem Zusammenhang geht es uns beispielsweise auch nicht um die Stabilität des Staates Israel, um die sich die Autorin oder der Autor im Text über nicht

anerkannte Siedlungen sorgt. Trotzdem können diese Äußerungen nicht ausgeblendet werden, weil sie die Meinung und das Bewußtsein von Menschen, die in diesem Zusammenhang aktiv sind, wiedergeben.

Seitens der BewohnerInnen taucht nirgends die Forderung nach Unterstützung des israelischen Staates oder der Immigration von JüdInnen auf. Trotzdem lehnen die BewohnerInnen von Ramya nicht grundsätzlich ImmigrantInnen — in diesem Fall aus der Sowjetunion — ab, sondern bieten ihnen an, gemeinsam mit ihnen zu leben. Damit wird deren menschliche Existenz als Flüchtlinge anerkannt und nicht vor die politische gestellt. Das ist für uns ein wohlthuender Gegensatz zur Situation beispielsweise in Österreich: Daß nicht die Vertriebenen, die Flüchtlinge oder FeindInnen sind — egal ob AraberInnen oder JüdInnen (und Jüdinnen und Juden sind historisch ein vertriebenes Volk) — sondern die Mächtigen, die Institutionen. ●

fen. Diese "Schonfrist" läuft am 24. November ab.

Im Rahmen der Berichterstattung rund um Ramya wurde immer wieder deutlich gemacht: Nur öffentlicher Protest kann die Bulldozer aufhalten. Auch der vorläufige Aufschub wurde nur durch den Druck der Öffentlichkeit erreicht.

Widerstand gegen die Räumung

Auf mehreren Ebenen wurde versucht, gegen die Räumung Druck zu machen: angefangen von lokaler Öffentlichkeit und Aktionen der Straße bis hin zu Organisation internationaler Öffentlichkeit über Computernetzwerke. Trotzdem wurde in diesem Rahmen immer klar ausgesprochen, daß die BewohnerInnen ihre Häuser nicht verlassen, selbst wenn die Bulldozer anfangen würden, das Dorf in Schutt und Trümmer zu legen.

Von den DorfbewohnerInnen wurde am

17. August ein Aktionstag organisiert, der im Kasten über "Eindrücke aus Ramya" ausführlich besprochen wird. Am 14. September fand eine Demonstration in Ramya statt, Olivenbäume wurden gepflanzt und Gräben gegraben, die die Bulldozer aufhalten sollten, die für 16. September angekündigt waren. Nach der Verschiebung der Räumung auf den ersten Oktober wurde von der arabischen Gemeinschaft am 28. September eine Menschenkette und eine Demonstration organisiert.

Parallel dazu wurde über Computernetzwerke und Zeitungen eine internationale Öffentlichkeit angesprochen. Eine Fax- und Telex-Kampagne wurde organisiert, im Rahmen derer tausenden Personen Faxe schickten an Israels Premierminister Yitzhak Shamir, Bauenminister Ariel Sharon, den Vorsitzenden der israelischen Landverwaltung Gideon Vidkon und Adi Eidar, den Bürgermeister von Carmiel. In-

frastruktur dafür wurde auch über Computernetzwerke bereitgestellt: Mensch sendet übers Netzwerk einen Text an einen Computer im Netz, der den Text dann als Fax abschickt.

Über die Öffentlichkeit in den USA wurde versucht, die Bereitstellung der Kreditgarantien in der Höhe von 10 Milliarden US-Dollar zu verzögern, um Druck auf die israelische Verwaltung zu machen. Diese 10 Milliarden stellt die US-Verwaltung dem israelischen Staat für die Einwanderung von Menschen aus der Sowjetunion zur Verfügung. Ein "Internationales Wassertribunal", das vom 17. bis 21. Feber in Amsterdam die Missetaten von Konzernen und Regierungen aufzeigen soll, wird auch den Fall von Ramya behandeln. Dieses Tribunal wird von mehr als hundert europäischen Umweltschutzorganisationen unterstützt.

Die "Schonfrist" für die Menschen in Ramya läuft am 24. November ab. ●

Rund 120 teilweise seit Jahrhunderten bestehende Dörfer in "Green line Israel" (dem 1948 besetzten Gebiet) sind nach wie vor nicht als Siedlungen anerkannt. Sie bekommen keinerlei öffentliche Versorgung. 30 dieser Siedlungen haben nicht einmal einen Wasseranschluß — die rund 7.500 Menschen, die dort leben, müssen von Regenwasser, gekauftem Wasser oder aus — teilweise verseuchten — Brunnen leben, manche davon Zaun an Zaun mit gutversorgten neugegründeten Siedlungen.

Delegationsbericht:

Über "nicht anerkannte" palästinensische Siedlungen in Israel

"PalästinenserInnen leiden, weil sie kein Zuhause haben, und Israel leidet, weil es keine Sicherheit hat." (Dr. Hatim Kana'aneh)

Viele palästinensische Dörfer existierten bereits zu Zeiten türkischer oder britischer Herrschaft vor der israelischen ['Jewish period' im Originaltext]. Aber der alte Weg, eine Gemeinde zu betreiben, ist nicht der der israelischen Regierung entsprechende. Jüdische Gemeinden, Niederlassungen oder Kibbutzim sind geplante Siedlungen, weil jüdische SiedlerInnen unter Richtlinien, die von der israelischen Regierung festgelegt wurden, neu begannen. Geplante Siedlungen setzen umfangreiche Papierarbeit voraus. Wenn eine Siedlung nicht geplant ist, existiert sie nicht auf der israelischen Landkarte.

Wenn eine palästinensische Siedlung legalisiert werden will, muß sie einen Plan machen, was detaillierte Vermessung voraussetzt. Jeder Antrag auf eine Bewilligung für neue Versorgungssysteme muß von 12 verschiedenen öffentlichen und Regierungsstellen bearbeitet werden, jede davon hat ein Vetorecht dabei. Die Vorbereitung eines Planes kostet mindestens 50.000 US-\$ (rund 600.000 Schilling), und nur, wenn für eine Siedlung Gutachten und Pläne existieren, kann sie Versorgungssysteme wie Telefon, Elektrizität haben und Routinebewilligungen, die an neue oder bestehende Siedlungen vergeben werden, beantragen. Eine Gemeinde kann Führungspersonen, Kinder, Häuser und SteuerzahlerInnen haben — sofern sie nicht anerkannt ist, wird sie nichts von der israelischen Regierung be-

kommen.

Unsere Delegation besuchte das nicht anerkannte Dorf Doreida, eines der mehr als siebzig Dörfer, die sich im Juni 1991 um Anerkennung bemüht haben. Auf unserem Weg war die Straße mit Erde blockiert, der Verkehr wurde zu einer nahegelegenen jüdischen Siedlung umgeleitet. DorfbewohnerInnen sagten uns, daß Doreida geschlossen werden sollte. Wir räumten ein paar Erdklumpen weg und fuhren über den Straßenrand, um ins Dorf zu gelangen.

Die Häuser waren in der traditionellen Bauweise der palästinensischen BeduinInnen gebaut, aus Felsbrocken, mit Betonboden und flachen Dächern. Obwohl Doreida dort seit der Herrschaft der Türken ist, ist es nicht mit dem jüdischen Staat verbunden und hat weder Schulen noch Versorgung. Kinder gehen bis zu zwei Meilen zu einer anderen, anerkannten PalästinenserInnen-siedlung, um zu lernen. Die Leute aus Doreida haben bisher in Haifa Arbeit gefunden, das ungefähr vierzig Meilen entfernt ist, aber mit der Ankunft von so vielen neuen jüdischen ImmigrantInnen entstehen möglicherweise Beschäftigungsprobleme.

Die DorfbewohnerInnen erzählen, daß sie regelmäßig von israelischen Behörden belästigt werden, die sie auch von der Karte der nicht anerkannten Siedlungen verschwinden sehen wollen. In Rama in Galiläa sprach unsere Delegation mit Dr. Hatim Kana'aneh, Gründer der galiläischen Gesellschaft für Gesundheitsforschung und Versorgung. Dr. Kana'aneh bezeichnete die sich verschlechternde Qualität des Wassers als das gesundheitliche Hauptproblem.

Ein Mitglied unserer Delegation, eine Ärztin, blieb einen Tag in einer Klinik unter freiem Himmel [O-Text: "out-door clinic"] in Arrabah-Naim, einer der ärmsten der nicht anerkannten Siedlungen. Das Dorf besteht aus rund 450 Menschen, die in Wellblechhütten wohnen, die in eine steile Hügelböschung aus trockenem Schutt hineingebaut sind. Es gibt eine Quelle, deren Wasserspiegel sieben Meter unter dem Boden liegt (letztes Jahr ertrank ein kleines Kind darin). Familien müssen Trinkwasser kaufen, das in unbehandelten Tanks hinter den Häusern gelagert wird. Die Menschen, mit denen sie sprach, erinnerten sich, daß Menschen seit der Zeit ihrer Großeltern in Arrabah-Naim lebten.

Die Hälfte der Kinder über einem Jahr zeigte Zeichen von Unterernährung, ebenso war die Hälfte anämisch. Fleisch steht nicht auf ihrem Speiseplan. Es gibt zu wenig Wasser, um Gemüse anzubauen. Alle Anfragen um Wasser und Kanalisationssysteme und um Erlaubnisse für die Reparatur ihrer Häuser wurden mit der Begründung abgelehnt, daß sie kein Dorf wären. Als sie fragte, warum sie nicht woanders hin gehen würden, sagten sie: "Warum sollten wir? Es ist friedlich hier für unsere Kinder, und es ist unser Land."

Von Arrabah-Naim aus ist in einer Entfernung von weniger als einem Kilometer eine acht Jahre alte Siedlung jüdischer Israelis zu sehen. Es ist eine kleine Gemeinschaft bescheidener Heime, mit Gras und Blumen, Wasser und Elektrizität und einer gepflasterten Straße. ●

Eindrücke aus Ramya

Auszüge aus einem Artikel von Maxine Nunn in "News from Within" vom 2. September 1991

"Wir werden nicht zögern, Gewalt anzuwenden, um die Ansässigen von diesem Ort zu entfernen..." Israelische Landverwaltung, 15. August 1991

"Wenn sie mit ihren Bulldozern kommen, werden sie uns in unseren Häusern begraben müssen. Wir werden diesen Ort nicht verlassen..." EinE SprecherIn der BewohnerInnen des westgaliläischen Dorfes Ramya zu JournalistInnen, 17. August 1991

[Die Menschen] in Ramya gehören alle zum al-Sawa'id Stamm, werden alle angeführt von Brüdern oder Cousins, sind alle stark mit diesem Flecken Land verbunden, nur ein paar Kilometer von der jüdischen Stadt Carmiel entfernt. Beim Besuchen anderer Familien im Dorf erfuhren ich und mein Gefährte, ein friedens- und menschenrechtsaktiver Rabbi aus Jerusalem, wie der Stamm seit mehr als hundert Jahren seine Ziegenherden in diesem Umkreis geweidet hat, bis zum Entschluß, sich an dieser Stelle anzusiedeln, weil es ein ruhiger, sauberer und schöner Platz ist. Trotzdem, Leben war nie leicht oder einfach für sie. Seit den sechziger Jahren wurde die gesamte Region Teil eines Zielübungsgebietes der Armee, wo alles von normalen Geschossen bis zu schweren Artilleriegranaten dahergeflogen kommen kann.

Yusef Sawa'id, einer der Anführer des BewohnerInnenkomitees, erzählte uns, wie HirtInnen[?] — zu dieser Zeit lebten sie noch in Zelten — niedrige Steinmauern bauten, um vor Geschossen geschützt zu sein, während sie ihre Ziegen hüteten. "Du konntest die Geschosse über deinen Kopf hinwegfliegen hören, 's-s-s-s'. Ein paar träfen Hütten und hinterließen Löcher in den Blechwänden, aber zum Glück wurde niemand getötet. Die traurige Sache ist," sagte er, "daß mehrere Kinder 'gingen', weil sie lebensgefährliche Ladungen angriffen, die

explodierten. Diese Sachen töten, sie verwunden nicht nur. Das letzte Mal ist nur vier oder fünf Jahre her." Aber sie hängen an ihrer Hügelspitze.

"Wir dachten," setzt Yusef fort, "daß die Schwierigkeiten vorbei wären, als sie Carmiel bauten. Die Armee würde nicht schießen in einem Gebiet, in dem Jüdinnen und Juden lebten. Und das Schießen hörte auf. Aber jetzt bringt uns Carmiel ein schlimmes Problem..." Am 27. April 1991 erhielten EinwohnerInnen von Ramya Vorladungen zu einer Anhörung des Gerichtes, im Zusammenhang mit der Enteignung ihres Landes (mehr als 8 Hektar) und Häuser, um Platz für ein neues Viertel von Carmiel. Ihnen wurde mitgeteilt, daß das Land ein Teil der ausgedehnten Enteignungen von 1976 sei, die zum großen Teil noch nicht umgesetzt wurden. (1976 lösten die Enteignungen die bekannten *Land Day* Demonstrationen aus, während der die Polizei sechs unbewaffnete arabische DemonstrantInnen tötete.)

Das Land wurde auf dem Papier enteignet, aber seine BewohnerInnen lebten weiter darauf und bearbeiteten es, bis die "öffentliche Bedarf", in dessen Namen die Enteignung durchgeführt wurde, unmittelbar wurde. In diesem Fall dauerte es fünfzehn Jahre...

Am 16. Juni entschied das Bezirksgericht von Haifa zugunsten der israelischen Landverwaltung und befahl den BewohnerInnen von Ramya, innerhalb von drei Monaten ihre eigenen Häuser zu zerstören und zu räumen (im Austausch für einen kleinen finanziellen Ausgleich und kleine Stücke Land in B'eneh) — bis zum 16. September —, und außerdem rückwirkend ab 1984 Miete für die Nutzung des Landes zu zahlen.

Unabhängig von politischen Parteien, aber mit der Einladung an alle, sie zu unterstützen, riefen die BewohnerInnen von Ramya zu einem Solidaritätstag am 17. August auf. Nach einer gutbesuchten Pressekonfe-

renz wurde mit SympathisantInnen ein Programm im Dorf selbst durchgeführt. Unter einem Baldachin im Vorhof einer der Wellblechhütten hörten rund 200 BesucherInnen und viele der DorfbewohnerInnen leidenschaftlichen Unterstützungsreden zu während ihnen — in der Tradition der beduinischen Gastfreundschaft — Pflaumen, kalte Getränke und bitterer beduinischer Kaffee serviert wurden. Yusef Sawa'id und andere sprachen über die Bereitschaft der DorfbewohnerInnen, "ihren Teil bei der Aufnahme der ImmigrantInnen zu übernehmen". Wie einE, SprecherIn deutlich machte, haben Dörfer in diesem Gebiet bereits "die ganze Stadt Carmiel aufgenommen", die auf rund 800 Hektar ihres Landes gebaut ist. Trotzdem wiederholten sie ihren Willen, Land für die Ansiedlung von ImmigrantInnen aus Rußland zur Verfügung zu stellen: "Wir anerkennen ihr Bedürfnis. Laßt sie kommen und unter uns leben, in einem gemischten Viertel von Carmiel. Dann bekommen wir vielleicht auch Wasser, Elektrizität und sogar Kanalisation... aber es ist nicht fair, uns unser Land zu nehmen, uns zu vertreiben aus unseren Häusern, die uns gehören."

Ein Thema, das wiederholt angesprochen wurde, war die Notwendigkeit für AraberInnen und JüdInnen, sich zu vereinen im Widerstand gegen die Entwurzelung dieses Dorfes, und angesichts der Bulldozer zusammen zu halten, falls der legale Weg ('legal battle') schiefliegt. Nur die Zeit wird klären, wie viele der Versprechungen gehalten werden — von Knesset-Mitgliedern und Kibbutznikim, BürgermeisterInnen und FriedensaktivistInnen, AraberInnen und JüdInnen, wieviele der starken Worte in Taten umgesetzt werden. Aber die Stimmung im Dorf war gut, als die Versammlung aufbrach, und die meisten UnterstützerInnen in die "Zivilisation" zurückfuhren, Ramya in seiner bedrohten Ruhe und Einsamkeit zurücklassend. ●

bezahlte Anzeige:



Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Gegen Nazis

(TATblatt/einige Zeitungen/Angriffserklärungen)

Karl Polacek lud alle Mitglieder und Freunde der FAP anlässlich des österreichischen Nationaltages am 26.10. zu einem Schulungswochenende in sein Haus in Mackenrode/Göttingen ein. Auf dem Programm standen neben Gesang am Kamin, einer Teepause usw. auch Vorträge über: "Österreich, ein wichtiger Teil des Reiches" und "Das Wesen der Korruption in der BRD. Autonome - Anarchoböbel - Kommunisten und Ausländerbanden die Kettenhunde des BRD-Regimes!" Doch rund 50 motorisierte und gut verummte AntifaschistInnen konnten das Schulungswochenende zu dem sich etwa 30 Faschisten einfanden zerschlagen, indem sie Polaceks Haus, eine wahre Stacheldrahtfestung, mit Molotwo Cocktails, Pflastersteinen und anderen "feinen" Sachen angriffen. Laut Zeitungsberichten geschah der Angriff so schnell, daß Polizisten, die das Haus beobachteten nicht mehr eingreifen konnten. Dabei wurden 15 Faschisten verletzt, 3 von ihnen mußten sich für weitere Behandlungen ins Krankenhaus begeben. Polacek selbst kam ziemlich ungeschoren davon. Die Faschisten konnten auch die auftretenden Brände löschen, und Polaceks Haus — in

dem er sich im Falle eines gerichtlichen Vollzugs seiner Ausweisung (nach Österreich!; Anm.) notfalls verschanzen will — steht noch immer. Über Verhaftungen der AntifaschistInnen ist nichts bekannt.

Doch ist bekannt geworden, daß es sehr wohl Verbindungen österreichischer Faschisten nach Göttingen bzw. zu Polacek gibt. So verbrachten einige österreichische Skinheads im Frühjahr 91 einige Tage in Göttingen. Mensch kann sicher sein, das sie sich auch mit dem göttinger "Skinführer" Polacek getroffen haben.

Folgende Nachricht fanden wir in unserem Briefkasten:

Wir kommen wieder !

Freitag, 25.10.91, Vorbereitungstreffen für NPD-Parteitag in Bursfelde verhindert.

Samstag, 26.10.91, Angriff auf FAP-Schulungstreffen in Mackenrode, Polacek, Heise, usw. machen ungestört weiter. Ausweisungs- und Gerichtstheater sind nur Propagandalügen der herrschen Politik.

**Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren - Nazis auf's Maul
Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen.**

Es ist aber auch noch nicht bekannt wann, wohin oder ob überhaupt Polacek nach Österreich kommt, denn er hat Berufung gegen seine Ausweisung eingelegt.

NDP-Treffen verhindert

Wieder(!) rund 50 AntifaschistInnen versammelten sich am 25. 10. 91 vor einer bursfelder Gaststätte in dem sich 6 Faschisten befanden um den bevorstehenden NPD-Parteitag vorzubereiten. Die Wirtin der Gaststätte konnte nach Gesprächen mit der von ihr gerufenen Polizei und den AntifaschistInnen überzeugt werden, den Vertrag mit den Faschisten aufzulösen. Weitere Faschisten, die später ankamen wurden von der Polizei und der Wirtin abgewiesen. Die Antifas zogen ab, nicht ohne einige Sprühpapieren und einige zerstochene Polizeireifen zu hinterlassen.

Noch eine kurze Anmerkung zur

Angriffserklärung:

Thorsten Heise ist der 2 Mann, hinter Polacek, in der Niedersächsischen Faschistszene.

Kein Fußbreit den Faschisten !!!

(interim/wäst berlin)

Am Samstag nachmittag (anm.tip.: dürft sich um den 26.10. handeln) haben wir Oliver Schweigert erwischt. Wir hoffen, daß die Verletzungen so schwer sind, daß dieses Oberschwein da noch lange viele Probleme mit hat.

Zur Aktion: An diesem Nachmittag meinte Schweigert in Ruhe ein Interview fürs französische Fernsehen auf dem Mauerstreifen Bernauerstraße geben zu können, doch da hatten sich sowohl er als auch die Sensationshaie getäuscht. Wir griffen in die Situation ein und jagten O.S. in einen Hauseingang, wo er Prügel bezog. Bevor sich die Repoterärsche stillschweigend verpissen konnten, entwendeten wir ihnen die aufgenommene Nazipropaganda.

Der seit der "Wende" kontinuierlich ansteigende rassistische und faschistische Terror auf der Straße ist nicht eine spontane Agressionsentladung orientierungsloser Jugendlicher, sondern wird von staatlicher Hetze gegen Flüchtlin-

ge und reißerisch-sensationsorientierter Presse angeheizt. Organisierte Nazistrukturen wie FAP, NF, NO und NA sind dabei diejenigen, die staatlich gewollte Einschüchterung von Flüchtlingen und linker

Weiterhin sorgen sie für die propagandistische Vorbereitung und pressewirksame Vermittlung dieser Aktionen. Dabei arbeiten sie oft mit der Presse Hand in Hand: sie sorgen für die Horrorberichte zur Auflagensteigerung und bekommen dafür kostenlos werbewirksame Auftritte im Fernsehen oder in Zeitungsinterviews. Oft lassen sie sich dafür auch noch gar bezahlen und können mit dem Geld ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen.

In Zeiten, in denen täglich rassistische und faschistische Angriffe unter Inkaufnahme von Todesopfern bis hin zu bewußt geplanten Mordanschlägen stattfinden, kann es nicht mehr darum gehen, die Öffentlichkeit auf ein Problem aufmerksam zu machen, das wohl allen die es wissen wollen hinreichend bekannt ist. Die Zeitungen sind voll davon!

Sensationslüsterne Presse und Fernsehen



Alexander Tietze, Oliver Schweigert und Gottfried Küssel

Opposition durch Terror auf der Straße praktisch durchsetzen. Sie rekrutieren rechte Jugendliche, organisieren gezielte Aktionen gegen Flüchtlinge und ArbeitsmigrantenInnen.

berichterstattung unterschlägt und/oder entpolitisiert jeglichen Widerstand dagegen. Sie zeigen in erster Linie wehrlose Opfer und Resignation (Flüchtlinge kehren in ihre Herkunftsländer zurück, sind machtlos gegen Terror usw.). Das führt innerhalb der Bevölkerung zu wachsender Abstumpfung, Einschüchterung und Akzeptanz von immer übleren Angriffen. Wenn wir Bevölkerung sagen, dann meinen wir genauso uns jede/n andere/n hier.

Die rassistischen/sexistischen Überfälle auf die drei Frauen in Zehlendorf, bei denen eine Frau ermordet wurde, hätten vor einem Jahr noch ganz andere Reaktionen hervorgerufen.

Fakt ist aber, es gibt Widerstand! Flüchtlinge organisieren und bewaffnen sich und wehren sich auch zunehmend gegen Naziterror. Diesen Widerstand befürworten und unterstützen wir.

Die Faschisten sind nicht unangreifbar.

Diese Aktion hat uns gezeigt, daß das Bild, das wir mittlerweile von Faschisten haben, nicht stimmt. Es war überraschend leicht, Oliver Schweigert zu erwischen, ihm eine seiner eigenen Methoden am eigenen Leib spürbar zu machen und ihm seine arrogante Sicherheit zu nehmen.

Gemeinsam und auf allen Ebenen wollen wir in die Offensive kommen und den Naziterror auf der Straße und die Präselügen bekämpfen. Ein Teilbereich dieser Organisation beinhaltet ein offensives Vorgehen gegen die Kader faschistisch-militanter Organisationen, wie z.B. O.S. von FAP/NA.

Ein anderer Teil ist die wirkungsvolle Verhinderung sensationsgeiler Medienberichterstattung.

Hört auf zu jammern, es hat doch erst angefangen !

Leistet Widerstand — gemeinsam sind wir stark !
autonome antifaschistische AktivistInnen

Verschärfte Grüße an die GenossInnen, die in Göttingen Karl Pollaceks Haus angegriffen haben !!!!

Oliver Schweigert wurde nachdem er im Aufbau der Faschozentrale Weitlingstraße/Ostberlin maßgeblich beteiligt war, Anfang 90 von Michael Kühnen zum Reichsleiter Ost der FAP ernannt.

* * * * *

WAS FEHLT (denn nun schon wider)

- 1.) uns eine Mitarbeiterin, die dabei mit ein paar FreundInnen im ach so sonnigen Süden weilt und der wir ganz ganz schöne Urlaubs- und tralala Geburtstagsgrüße !
- 2.) der letzte Teil vom aufregenden IRLAND-Artikel
- 3.) eine kurze Reportage zur Hausbesetzung in Linz (welche der Unaktualität zum Opfer fiel)

und 4.) ein Artikelchen über die verhinderte Hausbesetzung vom S.H. in Wien; die Pol. warschneller als erlaubt !

Weyer (Oberösterreich)

Bombenattrappe gegen Rechts- extremistentagung Antifaschisten vorläufig wieder frei

(TATblatt-Wien)

Wie im TATblatt minus 42a berichtet, wurde gegen eine Tagung der rechtsextremen "Aktionsgemeinschaft für Politik" am Wochenende um den 12. Oktober eine Bombendrohung geäußert. Eine darauffolgende Durchsuchung der Veranstaltungsräume durch die Polizei verlief ergebnislos. Erst nach der Tagung fand eine Putzfrau die vermeintliche Bombe auf einem Klosett. Diese "Bombe" war — wie mittlerweile feststeht — allerdings lediglich eine Attrappe.

Am 24. Oktober wurden 2 verdächtige Antifaschisten in Untersuchungshaft genommen, nachdem bei einer Hausdurchsuchung in ihrer Wohnung Teile gefunden wurden, wie sie auch Bestandteil der Attrappe waren. Die beiden Antifaschisten bekannten sich in weiterer Folge dazu, die Drohung verfaßt, sowie die Bombenattrappe gebastelt und versteckt zu haben (amtsdeutsch: sie gestanden). Nachdem ein behördliches Sachverständigengutachten die Ungefährlichkeit der Attrappe bestätigt hatte, wurden die beiden nach etwa einer Woche Haft aus dem Gefängnis entlassen und auf freiem Fuß angezeigt. Ein folgenschwerer Prozeß — zumindest wegen gefährlicher Drohung — steht noch gefährlich drohend im Raum.

Zur Erinnerung: Bei der "Aktionsgemeinschaft für Politik" (AFP) handelt es sich um einen "ideologisch-kulturellen Verband mit wichtiger integrativer Funktion im rechtsextremen Lager Österreichs", sowie um eine "Verbindungsstelle zu ausländischen Rechtsextremisten." Die AFP ist Herausgeber der "Kommentare zum Zeitgeschehen", hat ein "Naheverhältnis" zu Otto Scrinzy und unterhält "Querverbindungen" u.a. zu ANR, NDP, FPÖ und DVU. (aus "Rechtsextremismus in Österreich", herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes)●

Linzer Kundgebung von Faschisten

Am Samstag nachmittag den 2.11.91 hielten etwa 40 Faschisten eine Kundgebung in der Linzer Innenstadt ab. Die angemeldete Kundgebung konnte ungehindert und von den Bullen geschützt stattfinden.

Es gab zwar eine Gegenmobilisierung von AntifaschistInnen, doch da mit einem Angriff auf türkische/kurdische Geschäfte und Lokale seitens der Faschisten gerechnet worden war, wurde vor allem der Schutz der türkisch/kurdischen Infrastruktur organisiert.

Der befürchtete Angriff blieb zwar aus, doch die Faschisten konnten an diesem Samstag ungehindert ihre Kundgebung durchführen und sich sicher in der Stadt bewegen (teilweise in unmittelbarer Nähe von AntifaschistInnen).

Genauere Infos und Hintergründe in der nächsten Nummer.



WERBUNG

Solidarische Grüße an die autonomen/ linksradikalen Zeitungen dieser schnöden Welt. Laßt uns die Kriminalisierung revolutionärer Inhalte gemeinsam zurückschlagen. Was wir zu uns loswerden wollen: -Wir verschicken Einzelabos an Zeitungen, Zentren, Infoläden und in den Knast. Gibts noch Adressen, die ein Abo wollen? -Razz ist umsonst. Wir brauchen Spenden. -Schickt uns Infos und Artikel aus euren Städten und Dörfern. Adresse: Katharina Stock Schaufelderstr 29 3000 Hannover (nicht Razz draufschreiben)

Erklärung

morgens hörst du die nachrichten: "bundesinnenminister schäuble schlägt vor, daß die west- und osteuropäischen länder eine abgestimmte und umfassende abwehrstrategie gegen die einreise von flüchtlingen entwickeln sollen."

du gehst beim bäcker vorbei. im laden hörst du, wie die verkäuferin zur kundin sagt: "da muß man aufpassen, die klauen doch immer." sie meint einen mann, mit schwarzer hautfarbe, der vor dem ladenregal steht.

mittags schlägst du die zeitung auf und liest die überschrift: "brandanschlag auf flüchtlingswohnheim." einige bewohner/innen wurden mit rauchverletzungen ins krankenhaus eingeliefert.

du fährst in die stadt. unterwegs triffst du eine kurdische genossin. sie erzählt dir, daß ihre vor einer woche abgeschobene freundin in der türkei festgenommen wurde. sie haben sie mehrere tage gefoltert. abends gehst du in deine szene-kneipe. dort hängt ein plakat: "internationales fest für völkerverständigung mit ausländischem essen und afrikanischer trommelmusik."

dies ist sicherlich nur ein ausschnitt von dem, was wir täglich hören, lesen und sehen. beispiele für den alltäglichen rassismus und vernichtungswillen, dem die hier lebenden flüchtlinge und immigrant/inn/en permanent ausgesetzt sind.

situationen, die auch bei uns wut und haß gegen die dafür verantwortlichen hervorrufen.

doch durch unsere politische arbeit wissen wir, daß betroffenheit alleine keine ausreichende grundlage für kontinuierliches politisches handeln ist. denn erst das analysieren der herrschaftsverhältnisse, daß z.b. rassismus ein integraler bestandteil der imperialistischen ausbeutung ist und daß diese durch die rassistische sozialisation jeder und jedes einzelnen gesellschaftlich abgesichert wird, macht es möglich, ansatzpunkte für revolutionären widerstand zu finden. hinzu kommt, daß betroffenheit allein dazu führen kann, in flüchtlingen und immigrant/inn/en nur die opfer zu sehen, anstatt auch ihren tagtäglichen widerstand gegen die hier bestehenden herrschafts- und unterdrückungsverhältnisse wahrzunehmen.

es ist notwendig, daß wir unsere rassistische sichtweise ablegen und unseren blickwinkel erweitern:

ob in überfüllten sam-mellagern oder auf dörfern in der ex-ddr, ob auf ämtern oder auf der straße - überall kämpfen sie gegen ihre diskriminierung und für ein menschenwürdiges leben.

sie organisieren sich und machen demonstationen, besetzungen, hungerstreiks und andere protestaktionen.

HERRSCHAFTSAB-SICHERUNG AUF UNTERSTER EBENE

die ausländerbehörde spielt für flüchtlinge und immigrant/inn/en eine zentrale rolle. permanent sind sie mit dem institutionalisierten rassismus dieser behörde konfrontiert.

auf der grundlage des ausländergesetzes und anderer sondergesetze

wird hier über aufenthaltsstatus, arbeitserlaubnis oder ausweisung entschieden.

neben diesem in gesetzte gegossenen rassismus treffen flüchtlinge und immigrant/inn/en auf den rassismus der schreibstichtäter/innen und müssen sich gegen deren willkür, schikanen und erniedrigungen zur wehr setzen. die beamt/inn/en spielen in vielen fällen ihre macht aus, z.b. wenn sie flüchtlingen die notwendige erlaubnis zum besuch von familienangehörigen in einem anderen landkreis verwehren.

immer bleibt flüchtlingen und immigrant/inn/en das gefühl, hier nicht erwünscht zu sein, den herrschenden normen in den metropolen nicht zu entsprechen, weil sie bestimmte kriterien nicht erfüllen:

sei es die richtige hautfarbe oder das richtige geschlecht, sei es ausreichender wohnraum oder die angepaßte politische überzeugung, sei es die falsche kultur oder religion, sei es die unbrauchbare arbeitskraft oder die herkunft aus dem trikont.

die mechanismen zur absicherung der imperialistischen, rassistischen, patriarchalen herrschaft greifen auf unterster ebene:

die beamt/inn/en kontrollieren deren alltag und politische aktivitäten. die beamt/inn/en leiten die abschiebung ein, wenn flüchtlinge und immigrant/inn/en nicht oder nicht mehr verwertbar sind.

auch einzelne, sozial eingestellte beamt/inn/en ändern nichts an der tatsache, daß sie handlanger/innen der imperialistischen migrationspolitik sind.

DAS UNRECHT IST NICHT ANONYM, ES HAT EINEN NAMEN UND EINE ADRESSE.

(brecht)
z.b. das ausländeramt in der steinbeisstraße in böblingen. am 22.8.1991 haben wir bei diesem amt einen sprengsatz gezündet.

DER ANGRIFF AUF DIE DE-FACTO-FLÜCHTLINGE

mit der einföhrung des sogenannten neuen

ausländergesetzes am 1.1.1991 eröffneten die herrschenden in der brd eine neue etappe gegen die menschen aus nicht-eg-ländern.

es ist die grundlage für die am 3.5. auf der innenministerkonferenz beschlossenen abschiebungen von de-facto-flüchtlingen.

über 50000 menschen, die bisher "wegen der besonderen lage im heimatland" aus humanitären gründen in der brd geduldet wurden, sollen jetzt wieder der verfolgung und vernichtung ausgesetzt werden.

gegen die angekündigten massenabschiebungen regte sich überwiegend aus dem humanistisch-christlichen spektrum protest, der dazu beigetragen hat, daß es am 15.7. zu einer erneuten innenministerkonferenz kam.

die herrschenden änderten die modalitäten der abschiebungen und einigten sich auf eine salamitaktik. der bisher praktizierte generelle abschiebestopp für flüchtlinge aus bestimmten ländern wurde beseitigt. flüchtlinge sollen je nach herkunftsland zeitlich versetzt abgeschoben werden.

daß diese politik jetzt nur noch die ab dem 1.1.1989 eingereisten de-facto-flüchtlinge betreffen soll, ändert nichts am zynismus der brd, menschen überhaupt in krisen- und kriegsgebiete abzuschieben.

diese aktuelle regelung entspricht voll und ganz den bürokratischen und organisatorischen möglichkeiten der abschiebebehörden.

wir sehen dahinter das ziel, das reformistische und christliche spektrum zu beruhigen und den gemeinsamen solidarischen widerstand der betroffenen zu spalten und zu isolieren.

den von abschiebung bedrohten de-facto-flüchtlingen bleibt nur noch die möglichkeit der einzelfallprüfung, etliche wissen, daß dieser weg aussichtslos ist und reisen stattdessen "freiwillig" aus, bzw. versuchen, illegal in ein anderes land zu kommen.

KRIEG GEGEN DIE IMMI-GRANT/INN/EN UND FLÜHCTLINGE ABSCHOTTUNG UND SELEKTION

innerhalb der eg wird es für flüchtlinge und

FÜR EINE UNKONTROLLIERBARE WIDERSTANDSPRESSE

Nr. 144 ist da!

Organisiert die Verteilung radikal

Für Abo's, Handverkauf und alles andere:

Alle Post im doppelten Umschlag, äußerer Umschlag: Blalys, Griffenfeldsgade 29 st., 2200 N Kopenhagen, Dänemark (aktuelle Adresse), innerer Umschlag: ZK

The cartoon depicts a man in a suit standing at the head of a table where three other men are seated. The man at the head has a speech bubble that reads: "ES GIBT GLEICH WAS HINTER DIE OHREN, WENN IHR WEITERHIN SO BRAV SEID!". The scene is set in a simple room with a table and chairs.

immigrant/inn/en schon vor dem inkrafttreten des schengener abkommens zunehmend schwerer, sicher zu leben.

so will z.b. frankreich rigoros gegen legale und illegale flüchtlinge vorgehen und über 70000 von ihnen abschieben. ein französischer regierungssprecher nennt diese politik gegen die illegalen immigrant/inn/en konsequenterweise krieg.

es ist ein krieg in italien, der mit brutalster härte gegen albanische flüchtlinge geführt wird. die italienischen behörden schrecken nicht davor zurück, tausende von menschen im stadion von bari zu internieren, um sie dann zu deportieren. durch die absichtlich ungenügende versorgung mit lebensmitteln, die miserable ärztliche betreuung und den einsatz von waffen, haben sie verletzte und tote in kauf genommen.

es ist ein krieg, der flüchtlinge oft schon umbringt, wenn sie z.b. aus dem maghreb unter lebensgefährlichen bedingungen übers meer nach spanien fliehen müssen.

an den grenzlinien zwischen nord und süd wird der krieg bald die form des krieges der usa annehmen, die schon jahrelang am rio grande auf die immigrant/inn/en aus dem süden schießen.

inzwischen ist überall in den metropolentaaten offensichtlich, wie dieser spezialkrieg aussieht und sich entwickeln wird. die bürgerlichen medien verbreiten im sinn der herrschenden das schreckensszenario von einer "flüchtlingsflut", als ob nicht bekannt wäre, daß die mehrheit der migrant/inn/en (80% davon sind frauen und kinder) innerhalb des trikots selbst flüchten. nur ein geringer teil der menschen, die auf der flucht sind, kommen bis nach europa. genauso bekannt ist, daß die imperialistische, patriarchale und rassistische ausbeutungspolitik der metropolenländer zur massiven zerstörung der subsistenzwirtschaft im trikot beiträgt. das ist eine der hauptursachen für die weltweite migrationsbewegung.

die folgen dieser zerstörung treffen frauen und männer unterschiedlich. frauen haben im gegensatz zu männern weit weniger die möglichkeit zu lohnarbeit in weiter entfernten ländern oder anderen kontinenten. sie sind weniger mobil, weil sie die versorgung der familie leisten müssen. wenn sie flüchten, flüchten sie zumeist in nachbarregionen oder in angrenzende länder, vegetieren in flüchtlingslagern dahin, oder versuchen ihr nacktes überleben in den großstadtlums zu organisieren. "bestenfalls" werden die jüngsten und gesündesten von ihnen in den weltmarktfabriken vernutzt. vielen frauen bleibt oft nichts anderes übrig, als sich als prostituierte über wasser zu halten, nicht selten müssen sie sich an weiße sextouristen verkaufen.

erst in den letzten jahren kommen aus bestimmten trikontländern und osteuropa mehr frauen als früher in die reichen metropolen. hier erwartet sie eine patriarchale gesetzgebung, die sie zum rechtlosen anhängsel der »ehe«-männer macht, und ein sexistisches klima, das sie zwingt, sich und ihren körper für die rassistisch-sexistischen interessen weißer männer zu prostituieren.

die frauen haben auch in den metropolen die aufgabe, "ihre" männer zu reproduzieren.

frauenspezifische fluchtgründe werden im asylverfahren nicht anerkannt. als ehefrauen erhalten sie kein eigenständiges, gesichertes aufenthaltsrecht.

nur wenige frauen und männer haben das oft zweifelhafte glück, den weg in den reichen nord zu schaffen. sie sind die sinnlich erfahrbare rückwirkung der folgen der imperialistischen ausplünderung, der ökologischen zerstörung und der dadurch entstehenden kriege und befreiungskämpfe.

dazu schreiben immigrant/inn/en:

"heute, wo fast 20 millionen immigrantInnen

in den europäischen staaten leben, kann niemand mehr die realität verdrängen, daß aus der armut eine völkerwanderung stattfindet: zu dem reichum. ursachen für diese völkerwanderung sind 500-jährige kolonialgeschichte, neue kolonialistische und gegenwärtige export- und kriegswirtschaft. aufgrund dieser jahrhundertelangen kolonialistischen und imperialistischen ausbeutungspolitik herrscht im größten teil der welt hunger und armut. und aufgrund dieser politik sind die in den metropolen lebenden menschen privilegiert und im wohlstand. deshalb sind die menschen, die aus der armut zu dem reichum immigrieren, berechtigt, hierzubleiben. EGAL, AUS WELCHEM GRUND SIE DA SIND. diese migration ist als eine art kriegsführung zu verstehen. gegenüber den armutsverursachern und als eine art manöver, um vorzuzeigen, daß sie berechtigterweise anspruch auf die jahrhundertlang geraubten güter geltend machen werden." (aus: radikal nr. 142)

diese alte neue weltordnung, die jetzt gegenüber den flüchtlings und immigrant/inn/en die letzten masken fallen läßt, zeigt offenkundig für jede/n, die und der es sehen will, wie der imperialistische weg als globales modell faktisch funktioniert.

der status quo kann in den reichen, relativ befriedeten metropolen nur abgesichert werden, wenn 3/4 der welt abgehängt wird. systematische verelendung und vernichtung sind das prinzip. daß hierbei zwischen etliche länder und halbe kontinente als ausschub betrachtet und abgeschrieben werden, juckt die wenigsten metropolenbürger/innen.

in europa setzt die brd-politik den maßstab für den abwehrkrieg, den andere europäische staaten übernehmen müssen.

die herrschenden bereiten sich darauf vor: rechtlich, politisch, ideologisch, militärisch.

sie werden sich die menschlichen rosinen, sprich (aus-)gebildete, leicht integrierbare menschen aus dem trikot und zukünftig auch aus der sowjetunion und osteuropa herauspicken und den rest, sofern nicht kurzfristig verwertbar, abschieben.

reuter von daimler-benz und geißler von der cdu sind sich gegenüber der deutschen und europäischen rechten einig: "einwanderung im richtigen maße" ist die zukunftsparole. welches maße das ist, können wir uns denken.

flüchtlinge und immigrant/inn/en sind dann kein problem, wenn sie sich kontrolliert für die absicherung des "beute-machenden-lebensstils" einsetzen lassen.

ob als billige, nicht aufmuckende hamburgerproduzent/inn/en bei mcdonalds, ob als tschechoslowakische oder polnische saisonarbeiter/innen in bauwesen, landwirtschaft und gastronomie, ob als zwangsarbeitende flüchtlinge für 2,50 dm die stunde im bayerischen wald, ob als erotisch-exotische prostituierte und/oder hausfrauen, oder ob sie als unterhaltungskünstler/innen den öden deutschen alltag bereichern - so sind sie willkommen.

der selektionskriterienkatalog ist ein unverzichtbarer bestandteil der abschottungs- und abschiebepolitik. europaweit werden flüchtlinge und immigrant/inn/en aussortiert, gezielt eingesetzt, geschlechtsspezifisch vernutzt, ausgetauscht und kontrolliert.

es ist wichtig, daß ihre potentielle verwertbarkeit schnell genug herausgefunden werden kann - die europäischen selektionsexpert/inn/en stehen schon bereit.

wer aussortiert wird, wie die roma z.b., gelangt

in zukunft kaum wieder in die reichen europäischen metropolenländer.

roma sind immer die letzten, die hier gebraucht werden und erwünscht sind, und sie sind immer die ersten, die abgeschoben werden.

so funktioniert neben dem sexismus ein sich multikulturell gebender, aber knallhart kalkulierender rassistismus als herrschaftsinstrument.

DIE HILFLOSIGKEIT DER LINKEN

immigrant/inn/en und flüchtlinge, die hierher kommen, handeln im sinne der wiederaeignung ihrer lebenschancen, ihrer gesundheit und ihrer würde.

das ist den herrschenden, im gegensatz zur metropolitanen linken, längst klar.

dazu schreiben immigrant/inn/en:

"aber leider kann der größte teil der antiimperialistisch und antikapitalistisch gesinnten linken in diesem land diesen antiimperialistischen ansatz nicht verstehen. dieser migrationsprozeß, der aus der vertreibung und entwurzelung von millionen menschen resultiert, der auch als rache der enterbten und als kampfansage gegen das kapital verstanden werden soll,

läßt die deutsche linke in hilflosigkeit und lähmung verfallen." (aus: radikal nr. 142)

wenn sich die linke "nur" über die abschiebeseite der migrationspolitik entrüstet und die seite der selektiven verwertung in ihrem postmodernen lebensstil ausblendet, trägt sie damit ihren teil zur zementierung der globalen ausbeutungsverhältnisse bei.

der "gewinn", der immer noch abfällt, korrumpiert und vernebelt den blick gegenüber den patriarchalen, rassistischen und imperialistischen interessen.

er läßt den protest gegen abschiebungen als krokodilstränen daherkullern und lähmt die entwicklung eigener radikaler handlungsansätze.

WAS TUN? WAS TUN!

die entscheidung, der herrschenden imperialistischen flüchtlingspolitik widerstand entgegenzusetzen, ist eine praktische konsequenz aus unserem antiimperialistischen verständnis.

denn die solidarität endet nicht bei der unterstützung von befreiungsbewegungen, sondern zeigt sich auch in unserer praktischen solidarität mit den flüchtlings und immigrant/inn/en hier. sie findet ihren notwendigen ausdruck im angriff auf die verantwortlichen für die ausländergesetze, auf die schreibischtäter/innen, abschiebeschweine und gesetzessvollstrecker/innen mit weißen kragen.

antiimperialismus hat zwar immer eine wesentliche rolle in linker theorie und praxis gespielt, aber die patriarchalen und rassistischen grundlagen der weltweiten ausbeutungsverhältnisse sind erst in den letzten jahren ansatzweise bestandteil im linksradikalen spektrum geworden.

wir kämpfen für eine herrschaftsfreie gesellschaft.

dazu müssen wir die verschiedenen unterdrückungsformen und die gesellschaftlichen widersprüche benennen, die wir abschaffen wollen. mit freiheit verbinden wir die beseitigung der ausbeutung des menschen durch den menschen weltweit und das ende aller patriarchalen und rassistischen gewaltverhältnisse.

wir werden hier als weißer zusammenhang für antirassistische lebensvorstellungen kämpfen und das in einer eigenständigen auseinandersetzung



zung und politischen praxis umsetzen. dabei gibt es für uns nach wie vor mehr fragen als fertige antworten.

unser ausgangspunkt, unser politisches ziel und unsere politische (alltags)praxis müssen sich deshalb immer wieder der diskussion stellen und hinterfragen lassen. unsere glaubwürdigkeit ergibt sich nicht nur aus schreibetischanalysen, sondern entscheidend auch aus unserer praxis.

wir solidarisieren uns mit flüchtlingen und immigrant/inn/en und beziehen dabei position. fehler und widersprüche werden sich immer wieder herausstellen.

wir kämpfen nicht stellvertretend für flüchtlinge und immigrant/inn/en, doch wir haben die hoffnung, daß wir perspektivisch eine politische kraft entwickeln, gemeinsam mit ihnen, genauso wie mit anderen gesellschaftlichen gruppen.

eigenständige organisierung und praxis sehen wir als basis für diese perspektive. wie die zusammenarbeit aussehen kann, ob in bündnissen oder in gemischten zusammenhängen, wird sich zeigen. für uns stellt sich die frage, was wir dazu beitragen können, und welche voraussetzungen wir von unserer seite aus schaffen müssen.

als weiße linke und als weiße feministinnen profitieren wir von rassistischer unterdrückung, und wir wissen, daß es nicht ausreicht, die vorteile, die uns dieses system bietet, zurückzuweisen und so zu tun, als ob wir uns einfach auf die andere seite stellen könnten. als weiße männer und frauen müssen wir uns bewußt machen, daß wir in einer langen geschichte von kolonialistischer und imperialistischer ausplünderung der welt und dem vielfältigen widerstand der menschen dagegen stehen.

wir sehen die schwierige, aber unumgängliche aufgabe, uns dieses historische erbe genau aus unserer situation als metropolitane linke aufzuarbeiten und kritisch anzueignen.

es ist ein theoretischer und praktischer prozeß, der nicht individuell, glatt und platt gelingen kann, sondern mit menschen aus dem antiimperialistischen widerstand, mit flüchtlingen und immigrant/inn/en allmählich erarbeitet werden muß.

so kann internationale solidarität lebendig werden, und indem sie praktisch wird, können wir sie gegen die verantwortlichen für die imperialistische zerstörung richten, ohne unsere metropolitane geschichte zu verleugnen.

aus diesem internationalistischen verständnis heraus verstehen und erleben wir die abschaffung rassistischer spaltungs-, ausbeutungs- und herrschaftsmechanismen als teil unserer eigenen befreiung und als teil der befreiung von sämtlichen machtsstrukturen. es wird ein langer widerspruchsvoller weg sein, zu dem es keine alternative gibt.

es geht darum, die alltägliche gewöhnung an rassistische und sexistische übergriffe zu durchbrechen, uns zu sensibilisieren und schlagkräftig zu werden auf allen politischen ebenen.

das bedeutet, auch die ausländerbehördliche praxis vor ort aus dem schatten der anonymität zu reißen, die orte des rassistischen alltags, der vielen flüchtlingen und immigrant/inn/en gerade dort begegnet, ans licht zu bringen und anzugreifen. die arbeit der abschiebeschweine muß be- und verhindert werden, wo es uns möglich ist.

wir wissen, daß sich im moment nur wenige menschen hier in den metropolen mit flüchtlingen und immigrant/inn/en solidarisieren.

doch unser kampf hat zum ziel, genau diese solidarität zu entwickeln, um damit den herrschenden ihre spaltungs- und ausbeutungswerkzeuge zu entreißen.

rz (revolutionäre zellen)

Ist ja süß

Über die Bitterkeit der Schokolade und solidarische Alternativen

Im TATblatt minus 42 stand zu lesen, daß der von amerikanischen Schwulen- und Lesbengruppen ausgerufenen Boykott von Phillip-Morris-Produkten (zu welchen auch Jacobs-Suchard und damit fast alle Schoko-Produkte in Ö-Land zählen) aufgehoben wurde, da der Konzern zwar nicht die Unterstützung des rechtsradikalen und homosexuellenfeindlichen Senators Helms aufgegeben, dafür aber die Unterstützung der US-AIDS-Hilfe erhöht hat. Davon abgesehen, daß dieses Boykott-Ende irgendwie "gekauft" oder erpreßt aussieht, kann auch sonst nicht ganz die Schlußfolgerung von TATblatt minus 42 geteilt werden, nach welcher sich linke SchokolieliebhaberInnen nun freuen dürfen, endlich wieder öffentlich Milka-Schokolade und Ildefonso usw. essen zu dürfen. Denn so nebenbei ist Kakao immer noch ein erstklassiges Ausbeutungsprodukt aus dem sogenannten Tricont.

(TATblatt-Wien; Quelle: Südwind 11/91)

Doch nun naht vielleicht doch die heißersehnte letzte Stunde des schlechten Gewissens für die linken SchokolieliebhaberInnen, die sich nicht mehr länger die quälende Vorstellung antun möchten, daß es eigentlich nichts anderes als Schweiß und Blut ist, das ihnen da so lecker im Mund zergeht... Denn nun kommt endlich die Solidaritäts-Schokolade mit Kakao aus bolivianischen Kollektiven, Zucker von philippinischen KleinbäuerInnen und Milchpulver aus der Schweiz. Diese neue Form der Solidarität mit den unterdrückten Völkern dieser Erde wird in den Geschmacksrichtungen Vollmilch, Nuß und Praline erhältlich sein.

Der Kakaoanbau erfolgt chemiefrei. Im Gegensatz zum kommerziellen Kakaoanbau. Dort ist in Malaysia beispielsweise das dioxinhaltige Entlaubungsgift Agent Orange üblich — bestens bewährt seit dem Vietnam-Krieg. Um gelagerten Kakao insektenfrei zu halten werden Schädlingbekämpfungsmittel verwendet, die hochgiftige Gase wie Phosphin abgeben.

Den weißen KonsumentInnen droht da freilich keine akute Gefahr. Sterben tun da höchstens die vollkommen unzureichend geschützten BäuerInnen und LagerarbeiterInnen. Der Mars-Konzern mußte aber schon zugeben, daß sich auch in seiner Schokolade Überreste von Pestiziden wiederfinden.

Die Pestizide sind nicht nur tödlich, sie verschlechtern auch massiv die Konkurrenzsituation für KleinbäuerInnen, die sich die teure Chemie nicht leisten können, und daher nur in Abhängigkeit von Großkonzernen überlebensfähig sind. Diese Situation soll durch alternative Handelsbeziehungen verbessert werden, wie es sie beispielsweise mit "Dritte-Welt-Kaffee" und "El Caibo"-Kakao schon gibt, und wie sie mit der neuen Schoko ausgeweitet werden sollen.

Die Schoko-Großkonzerne schlafen indessen auch nicht, sie forschen vielmehr eifrig darauf los, um ihre Profite ständig zu erhöhen, bleibe auf der Strecke wer wolle. In den Genlaboren der USA und Japans wird eifrig versucht, billige Öle, wie Palm- oder Soja-Öl, in teure Kakaobutter umzuwandeln. Durch Nestlé finanziert versucht die Pennsylvania State University neue hochgezüchtete Kakaosorten zu entwickeln, und letztendlich soll der Traum von der süßen Schokolade direkt vom Baum — ohne Zuckerbeigabe — Wirklichkeit werden. Wenn es gelingt, der Erbstruktur der Kakaobohnen ein Thaumatin-Süßstoff-Gen einzupflanzen, wird der bisher bittere Kakao dann eben süß wachsen.

Die KonsumentInnen werden den Unterschied vielleicht gar nicht spüren, wohl aber zigtausende KleinbäuerInnen am Tricont.

Mehr über Schokolade, über die neue Soli-Schokolade, und über "Streik in der Welt-schokolade-Fabrik" steht im "Südwind" 11/91, aus welchem auch alle Informationen zu diesem Artikel entnommen sind. (Herausgeberin: ÖIE; 1010, Tuchlauben 8/16) ●



499 Jahre Widerstand

(1. Teil)

(TATblatt-Wien, Flugblatt 500 Jahre Kolonialismus, ides)

Auf dem gesamten Kontinent haben Indigenas am 12. Oktober gegen "500 Jahre Völkermord" demonstriert. Ihre Hauptforderungen waren der Respekt vor ihren Kulturen, Selbstbestimmung, Recht auf Land und die Freilassung der politischen Gefangenen. Die größte Demonstration fand zum Abschluß des "Kontinentalen Treffens 500 Jahre Indigena-, Schwarzen- und Volkswiderstand" in Guatemala statt.

In Chile wurde nicht nur demonstriert. Die Besetzung einer Finca und des Campus einer Universität im Süden des Landes durch die Mapuches habe "ein angespanntes Klima" geschaffen, meldeten die mexikanischen Zeitungen.

In Bolivien, dem Land, in dem die Indigenas den höchsten Anteil der Bevölkerung ausmachen, kündigten die DemonstrantInnen an: "Wir werden weiter Widerstand leisten...es wird Gerechtigkeit geben". Einer ihrer Führer, Victor Hugo Cárdenas, rief dazu auf, den revanchistischen Diskurs beiseite zu legen, um sich auf den Kampf gegen den modernen Kolonialismus zu konzentrieren.

In der peruanischen Hauptstadt demonstrierten Hunderte gegen die von der spanischen Regierung für nächstes Jahr geplanten Feiern der 500 Jahre seit der "Entdeckung" Amerikas. "Sie haben unser Volk niemals um Entschuldigung für die Ermordung unserer Führer, darunter des Inkas Atahualpa, gebeten", heißt es in einem Schreiben an die spanische Regierung.

Bei einer Meinungsumfrage in Kolumbien haben 57% der Befragten angegeben, die 500 Jahre sollten in Erinnerung an die Völker gefeiert werden, die während der Zeit der Konquista verschwunden sind. 21% meinten, Christoph Kolumbus sollte gefeiert werden und 22% wollten den Beitrag der SpanierInnen zur amerikanischen Kultur gewürdigt sehen. Die Umfrage wurde in der Zeitung "El Espectador" veröffentlicht. Die Koordination der Indigena-Organisationen Panamas richtete sich bei ihrer Demonstration durch die Straßen der Hauptstadt auch gegen die Regierung von Guillermo Endara. Diese führe den "praktischen Rassismus" fort, der vor einem halben Jahrhundert begonnen habe.

In Honduras protestierten Misquito-Indigenas gegen einen Vertrag zur Ausbeutung von 1 Million Hektar Wald an der Atlantikküste. Dadurch würden 30.000 MisquitAs ihr Land verlieren, heißt es in ihrem Brief an Präsident Callejas.

Die Indigena-Organisationen in Mexiko-Stadt forderten die Umbenennung des 12. Oktobers von "Tag des Rasse" in "Tag der Ehre und Würde des Indios". Während des Demonstrationszuges wurde die Statue von Christoph Kolumbus bemalt und mit Eiern beworfen. Dort hatte der spanische Bot-

schafter in Mexiko zur Feier des Tages Blumen abgelegt.

In Quetzaltenango, der zweitgrößten Stadt Guatemalas, nahmen einige zehntausend Menschen an der Abschlußdemonstration des Kontinentalen Treffens der Indigena-, Schwarzen- und Volksorganisationen teil. Die Angaben in den Zeitungen schwanken zwischen 50.000 und 100.000 TeilnehmerInnen. Mehr als die Hälfte von ihnen waren Indigena-Frauen der verschiedenen guatemalteckischen Völker und Organisationen. Sie trugen Transparente, auf denen sie Leben, Land und Frieden sowie Bestrafung der Schuldigen der Repression forderten. Auf dem 10 km langen und fünf Stunden dauernden Zug stimmten sie Sprechchöre an: "Se ve, se siente, América está presente!" (Es ist zu sehen, es ist zu fühlen, Amerika ist anwesend!) und "Con las carabelas llegaron las cadenas" (Mit den Schiffen kamen die Ketten). In einem Brief an die guatemalteckische Regierung forderten die Anwesenden des Kontinentalen Treffens, die systematische und institutionalisierte Verletzung aller Menschenrechte in Guatemala einzustellen. cerigua, 13.10.91●

GUATEMALA

Kampagne 500 Jahre Indigena-, Schwarzen- und Volkswiderstand

Mit einer Umbenennung des Namens endete am 12. Oktober in Quetzaltenango nach fünftägigen Diskussionen über die unterschiedlichen Positionen das II Kontinentale Treffen der Kampagne "500 Jahre Indigena-, Schwarzen- und Volkswiderstand". Vor allem die brasilianische Delegation hatte immer wieder gefordert, daß die Beteiligung der verschiedenen Schwarzenbewegungen auch im Namen der Kampagne sichtbar sein müsse. Bei der Abstimmung erhielten sie die Unterstützung der Mehrheit der Delegierten, darunter besonders die der Indigenas.

Auf Vorschlag der Kontinentalen Kommission der Kampagne nahmen die 224 Delegierten, 88 Gäste und 185 BeobachterInnen am zweiten Tag des Treffens eine Auswertung der bisherigen Aktivitäten der Kampagne vor. Neben der in vielen Ländern herrschenden Repression und Militarisierung, den fehlenden finanziellen Mitteln und der schwierigen Kommunikation untereinander wurden als Probleme auch unterschiedliche Auffassungen über die inhaltliche Ausrichtung der Kampagne, die mangelnde Basisnähe, die in vielen Ländern nicht ausreichende Beteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren und Differenzen zwischen den teilnehmenden Organisationen genannt.

Trotz all dieser Probleme konnte das Treffen unter Beteiligung von 24 Ländern des Kontinents abgehalten werden und es

bestand Einigkeit darüber, daß die nationalen Komitees ihre Arbeit intensivieren werden. In der allgemeinen "Abschlußklärung von Xelajú" sind die wichtigsten für das Jahr 1992 geplanten Aktivitäten enthalten: auf kontinentaler Ebene koordinierte Demonstrationen in den einzelnen Ländern zum 8. März, zum 1. Mai und die Abhaltung des III Kontinentalen Treffens vom 7. — 12. Oktober in Nicaragua. Parallel zu diesem Treffen soll ein kontinentweiter Streik ausgerufen werden. Darüber hinaus wird die im Exil lebende Rigoberta Menchú vom guatemalteckischen Komitee für BäuerInneneneinheit (CUC) für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Außerdem wurde nach Meinung der meisten TeilnehmerInnen eine "Annäherung" beim wichtigsten Thema des Treffens, der Einheit zwischen Indigena-, Schwarzen- und Volksorganisationen, erzielt. Diese könne nur erreicht werden, wenn die kulturelle Vielfalt respektiert und jeder Kultur ihr Platz zugestanden werde, war eine der häufigsten Äußerungen. Im Schlußdokument dieser Arbeitsgruppe, das wie auch die Ergebnisse der anderen Arbeitsgruppen konkreter ist als die allgemeine Abschlußklärung, werden als allgemeine Ziele unter anderem genannt: Gesetze zur Wiedererlangung unserer legitimen Rechte auf unser Land und unsere Territorien sowie kulturelle und materielle Werte, Kampf gegen jede Form von Diskriminierung, Verstärkung des Kampfes, um eine koordinierte Bewegung auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene der verschiedenen Sektoren zu erreichen, Förderung der Beteiligung der Frauen und Anerkennung ihrer spezifischen Rechte, Unterstützung von traditionellen lokalen Regierungen, Kampf gegen die Gründe, die zu Flüchtlingsbewegungen führen, Kampf gegen die Auslandsverschuldung.

Immer wieder forderten Indigena-Organisationen auf dem Treffen, daß es nicht beim Bekenntnis zur Respektierung der kulturellen Vielfalt und der Unterschiede der Organisationen bleiben dürfe, sondern daß die Indigena- und Volksorganisationen in der Kampagne gleichermaßen gewichtig vertreten sein müßten. Wegen der Differenzen zu diesem Thema verlas die auf dem Treffen gebildete Kontinentale Indigena-Kommission eine Erklärung, in der sie ihr Recht betonten, sich zu versammeln, um ihre spezifischen Bedürfnisse und Vorschläge zu diskutieren und ihre eigenen Arbeitsformen zu wählen. Gleichzeitig brachten sie ihren Willen zum Ausdruck, die Bemühungen um eine Einheit und die Stärkung der Indigena- und Volksbewegung fortzusetzen und die Kampagne "500 Jahre Indigena-, Schwarzen- und Volkswiderstand" bedingungslos zu unterstützen. cerigua, 13.10.91●

Der folgende LeserInnenbrief, der sich auf eine im TATblatt geführte Stalinismuskonversation, auf eine TATblatt-Kritik an der Broschüre "Geschichtsfälscher", und vor allem auf eine Erklärung von uns, warum wir zwei Inserate der MLPÖ ablehnten, mit der Unwillenserklärung unsererseits über Stalin diskutieren zu wollen (alles: TATblatt -46 vom 18. Juli 91), bezieht, hätte eigentlich schon viel früher erscheinen sollen. Er ist aber zuerst verschlampt worden, dann zwei Computerabstürzen zum Opfer gefallen, und schließlich ist dann eine uns zur Verfügung gestellte Ersatzdiskette verloren gegangen. Das klingt jetzt zwar zugegebenermaßen nach billigen Ausreden, trifft aber trotzdem zu. Tut uns leid. (PS: Im LeserInnenbrief wurden die weiblichen Formen von uns eingesetzt/ausgebessert, wie wir es mit allen LeserInnenbriefen und Diskussionsbeiträgen tun, wenn sie nicht dementsprechend verfasst sind.)

Keine Linie ist auch eine!

Also doch wieder einmal eine politische Diskussion im Tatblatt. Die Vorgeschichte dieser Diskussion scheint im übrigen ähnlich wie die bisherigen gelaufen zu sein: Geplagt von andauerndem "Bauchweh" bei bestimmten Veröffentlichungen hofft die Redaktion auf baldige Entleerung. Die kommt dann auch rechtzeitig, wenn es heikel wird: Halbverdautes und Unverdauliches zuhauf. Es gibt allerdings einen Unterschied, für den dankbar zu sein sich lohnt. Im Gegensatz zu früheren Fällen wurde eine Begründung nachgereicht, die den Anspruch erhebt, "inhaltliche Gründe" für die bürokratische Zensur auszuweisen.

Leider ist die angebotene "inhaltliche Kritik" nicht nur von "Oberflächlichkeit und Ungenauigkeit geprägt", sondern schlichtweg weder inhaltlich noch kritisch. Wie sollte es auch anders sein? "Das Tatblatt hat keine Linie, keine klare Ausrichtung", aber das Kollektiv fühlt sich "als Teil einer undogmatischen, autonomen Linken... am Weg zu einer antihierarchischen, antikapitalistischen, antipatriarchalen, antirassistischen Zukunft...". Nun wäre viel dazu zu sagen, daß "Anti" noch nie eine Zukunft hatte, solange nicht angegeben werden konnte, wofür es sich auszahlt, zu kämpfen. Aber das lohnt gar nicht, denn wie sich bei genauerem Lesen zeigt, lügt sich das Tatblatt mit dem Gefühl von der undogmatischen Linken selbst etwas vor. Und es zeigt sich, daß welche, die keine Linie haben (oder gerade solche?) sehr wohl eine Linie vertreten und praktisch durchführen können.

Daß das Kollektiv sich selbst etwas vorlügt, zeigt sich an dem geradezu aufdringlichen Selbstbewußtsein, mit dem die Stellungnahme vorgetragen wird. Wäre diese nämlich mit klarem Bewußtsein der Ungeheuerlichkeiten geschrieben worden, die sich darin finden, hätte ein sehr vorsichtiger und diskussionsbereiter Einspalter ausgereicht, um dasselbe zu sagen. Um welche Selbsttäuschungen es sich handelt, soll in der Folge kurz dargestellt werden, ohne dabei erschöpfend auf alle Verwirrungen einzugehen.

1. WO IHR EUCH SELBST ETWAS VOR- MACHT

1.1 Die Lüge von der Stalinismuskonversation

Die Stellungnahme suggeriert, einen Beitrag zur "Stalinismuskonversation" zu liefern. Liest frau/man genauer, so ist von Stalin nur zum Schein die Rede. Tatsächlich wird auf einer halben Seite die ganze Geschichte der internationalen ArbeiterInnenbewegung auf den Müllhaufen der Geschichte gekehrt. Ohne Ansehen der Person werden "Marx, Engels, Lenin, Trotzki und besonders Stalin samt

Gefolgschaft" erledigt. Eine Auseinandersetzung mit dem inhaltlichen Unsinn, der da behauptet wird, ist zwar schon fast zu viel verlangt, aber das Ganze ist schon wieder zu frech. Also dann:

- Marx und Engels "sahen" keine Nebenwidersprüche, weil sie auch noch keine Hauptwidersprüche kannten, Engels "meinte dazu" daher gar nichts. Was er über die Unterdrückung der Frauen durch die Männer meinte, hat erstens nichts mit Haupt- und Nebenwiderspruch zu tun und ist zweitens völlig richtig. Oder meint ihr, daß die Gleichberechtigung von Frau und Mann sich im gleichen Recht erschöpft, sich durch die Kapitalisten ausbeuten zu lassen?

- Wenn "schon unter Lenin die Niederschlagung anderer politischer Richtungen... stattfanden(?)", so müssen diese Richtungen vorher aufgestanden sein, also bewaffnet gegen die Ergebnisse der Oktoberrevolution gekämpft haben. Welche Fehler die KommunistInnen im Verlauf des Bürgerkriegs gemacht haben, sollte diskutiert werden, dazu müßt ihr aber auch sagen, welche anderen Möglichkeiten es gegeben hätte, die Revolution gegen Leute zu verteidigen, die die bürgerliche Demokratie einführen wollten. Oder meint ihr, man hätte die Oktoberrevolution gar nicht machen sollen?

- Gegen die Feststellung, daß "unter Stalin... die Industrialisierung der Sowjetunion zum Tode von Millionen Menschen führte" und die "von den Millionen von Opfern der Zwangsindustrialisierung" läßt sich wohl wenig sagen. Ihr hättet aber noch dazu sagen müssen, daß das genau der Plan Stalins war, um an der Macht zu bleiben. Damit hättet ihr endlich die Kronzeitung zu Intellektuellenblatt erhoben. Oder meint ihr, die Sowjetunion hätte besser nach Weltkrieg und Bürgerkrieg warten sollen, bis die Millionen an Hunger sterben.

1.2 Die Lüge von der Auseinandersetzung mit den Inhalten

"Um es ganz allgemein zu sagen: Ihr lügt euch vor, daß ihr hier irgendeine politische Stellungnahme zur historischen Entwicklung der Sowjetunion abgegeben hättet. Ihr habt euch vielmehr eine bürgerliche Geschichte der Sowjetunion zusammengestellt. Diese Geschichte wird, wie alle bürgerlichen Geschichten, ausschließlich von Helden gemacht, nur sind es eben böse Helden und zwar alle ohne Unterschied. Das Volk und die Massen kommen in dieser Geschichte überhaupt nicht vor. Es wurde zwar noch nie "irgendeine Richtigkeit in der Geschichte" bewiesen, die Geschichte hat aber immer ein klares Urteil gefällt über Leute, die sich statt

der wirklichen Geschichte ein Heiligenbild aufstellten.

- Wenn die Geschichte der russischen Revolution nur von den im Tatblatt hingestellten bösen Helden gemacht worden wäre und nicht von Millionen von ArbeiterInnen auf allen Kontinenten als ihr Werk angesehen worden wäre, dann hätten die Genannten zumindest eines bewiesen: Daß es ohne genaue Untersuchung der Wirklichkeit, ohne brauchbare Theorie und ohne kontinuierliche Auseinandersetzung und offene Diskussion der Fehler völlig unmöglich ist, irgendeine gesellschaftliche Veränderung zu bewirken. Dazu muß aber klar sein, wie die gegenwärtige Lage ist, wohin sie verändert werden soll und mit welchen Mitteln. Diese Debatte ist in der Sowjetunion sehr offen und sehr hart immer wieder geführt worden. Dabei sind dennoch eine Menge Fehler passiert, aus denen wir für die Zukunft lernen müssen, um es besser zu machen. Die Frage ist nur, wozu ihr überhaupt diskutieren wollt, wenn für euch das Ziel "Freiheit, Sozialismus, Anarchie oder was auch immer" heißt? "Was auch immer" haben wir ohnehin, und "in jedem Fall anti..." bringt uns dabei keinen Schritt weiter.

- Wie nackt ihr "inhaltlich" dasteht, zeigt sich an euren eigenen Widersprüchen. Da meint ihr, die ganze ArbeiterInnenbewegung (natürlich in Person der bösen Helden) mit einem Satz loszuwerden, indem ihr ihnen vorwerft, "daß es eben nicht reicht, ein paar tausend Kapitalisten abzuknallen und dann das ganze System unter einem anderen Kommando weiterlaufen zu lassen". Na schön, abgesehen davon, daß das eine pure Ungeheuerlichkeit gegenüber Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Stalin ist, die gegen eine solche falsche Politik gekämpft haben, ihnen das unterschieben zu wollen. Aber finde ich nicht im selben Blatt zu einem wirklich wichtigen Ereignis, nämlich dem internationalen Kongreß in Venedig, eine einzige politische Aussage (neben "echt gutes... echt viel Power"), nämlich "wenn wir die herrschenden Schweine zum Teufel jagen wollen...". Liebe Freunde, es reicht eben nicht, zu wollen und es reicht nicht, ein paar tausend... (siehe oben), auch wenn es sich jetzt um Schweine handelt (Was können denn die dafür?). Die Diskussion über "es reicht nicht" würde euch übrigens gut stehen im Zusammenhang mit unreflektiert übernommenen Anschlagserklärungen. Da würde ich mir manchmal wünschen, daß die Handelnden auch erklären, wozu das jetzt in dieser Situation gut sein soll und was es weitergebracht hat, denn auch hier reichs oft nicht.

1.3 Die Lüge von der undogmatischen Linken

Eure "Vorstellungen von Freiheit, von solidarischen Gesellschaftsstrukturen, von Arbeit ohne Ausbeutung usw. (zu usw. gehört vermutlich "was auch immer") beinhalten, daß diese den Menschen nicht mit Gewalt und/oder Bürokratie aufgezwungen werden". Das ist ja sehr erfreulich. Aber wenn diese undogmatische Linke "Fragen, Ungenauigkeiten und Fehler" nur so lange zulassen kann, als sie weder auch nur entfernt mit "theoretischen Klassikern" zu tun haben noch auch "an einer ständigen Präsenz ihrer Inhalte" interessiert sind, dann kann ich mir die Qualität der Diskussion - und damit der folgenden Praxis lebhaft vorstellen. Daß das allerdings undogmatisch sein soll, ist ein bloßer Irrtum.

Ihr stellt nur einem angeblich dogmatischen Gegner genauso dogmatisch eure Position gegenüber: "Unserer Ansicht nach war daher der Hitler-Stalin-Pakt keine Notwendigkeit, sondern ein Verbrechen." Und als Begründung dafür meint ihr "daß die Sowjetunion 1939 außenpolitisch weit besser dagestanden wäre, wenn..." und außerdem wäre sie "innenpolitisch weit besser dagestanden, wenn die SU-Führung eine nicht-bolschewistische Linke akzeptiert hätte". Den Nachweis, was diese Wenn und Aber eigentlich inhaltlich sein sollten, spart ihr euch. Die Erklärung, warum das bessere Dastehen einen Verzicht auf das Abkommen zwischen Hitler-Deutschland und der UdSSR ermöglicht hätte, braucht ihr wohl auch nicht zu liefern? Ganz "undogmatisch" (liegt wohl sehr in der Nähe von unbedarft und unklar) fügt sich ein Unsinn zum anderen und schon ist eine sonnenklare Position entstanden, die heißt: Erstens ist Stalin an allem schuld und wenn nicht dann tritt erstens in kraft. Oder meint ihr, wie schon des öfteren, wo frau/man selbst keine klaren Positionen hat, sollte frau/man am besten gar nicht diskutieren, sonst könnte frau/man ja in der Unklarheit schwankend werden?

Es hat natürlich gar nichts mit Dogmatismus zu tun, wenn frau/man von vornherein beschließt, wer überhaupt diskussionsfähig ist und wer nicht. Wenn dazu aber noch die einzige Grundlage der Diskussion ist, daß frau/man sich verbunden fühlt, und keine KlassikerInnen gelesen hat und der Meinung ist, daß die anderen "sehr gute GenossInnen sind", dann wird die Diskussion wohl auch weiterhin auf dem Stand bleiben, auf dem sie derzeit vielerorten ist: Gegenseitiges Anöden mit Gemeinplätzen und (weil) selbst nicht verstandene, auch nicht vermittelbare Aktionen. Also wenn ihr unbedingt nur im eigenen Saft braten wollt und Angst habt, auch einmal mehr zu werden, dann bitte. Unklar ist mir übrigens, wozu ihr bei den "GenossInnen" die Anführungszeichen braucht. Nachdem es sich dabei um eine Anrede aus der von euch erledigten Arbeiterbewegung - und nicht ihrer schlechtesten Teile - handelt, könnt ihr darauf getrost verzichten. Es wird sich bei der Qualität eurer zukünftigen Diskussion sicher eine weniger diskriminierende Ansprache finden lassen.

Wenn es stimmt, daß die MLPÖ falsche Positionen vertritt, dann ist es dringend notwendig, sich mit diesen Positionen auseinanderzu-

setzen und sie zu kritisieren. Wie sollen denn die Leute sonst lernen, was richtig und was falsch ist. Aber nachdem "es nichts gibt, was Menschen auf Dauer aufgezwungen werden kann", wird auch der erzwungene Verzicht auf die Diskussion falscher oder gegnerischer Positionen nicht lange halten. Unbegründet und ohne weitere Diskussion nur "anti..." zu sein, ist nämlich ebenfalls eine Art von Dogmatismus. Oder meint ihr, wenn ihr selbst bürokratisch beschließt, "nichts mehr von der MLPÖ abzudrucken", ist das eine bessere Bürokratie, als die, die ihr angeblich bekämpft.

2. WELCHE FOLGEN DIE SELBSTTÄUSCHUNG HAT

2.1 Kommerz und Politik

Ihr sagt selbst völlig richtig, daß das Tatblatt "keine Linie, keine klare Ausrichtung" hat. Wenn aber in einer bestimmten Frage keine klare Ausrichtung vorhanden ist, kann daraus auch keine richtige Politik entwickelt werden. Wenn ihr schon den Anspruch stellt, "debattieren und streiten" zu lernen, dann solltet ihr doch auch verstehen, daß eine Debatte anstelle einer Selbsttäuschung richtig und vielleicht auch fruchtbar gewesen wäre. Warum habt ihr eigentlich nicht eine Diskussion über die Frage im Tatblatt geführt, ob solche Inserate veröffentlicht werden sollen?

Warum habt ihr nicht überhaupt die Frage der Inserate zur Diskussion gestellt, denn - lügt euch doch nicht wieder etwas vor - ihr habt doch auch schon andere Positionen zu dieser Frage (ebenso klar und prinzipiell) veröffentlicht: "Zusammenfassend: Das Wesentliche an Unternehmen, die im Tatblatt inserieren, ist nicht, daß sie die super-fortschrittlichen Betriebsformen und Inhalte haben, sondern daß sie im Tatblatt inserieren..." (TB minus 48). Was für Unternehmen, also für die andere Seite der politischen Kämpfe gilt, können wohl politische Organisationen, die von euch auf die andere Seite geschoben wurden, nicht geltend machen?

In der Frage der Inserate wird ganz deutlich, daß frau/man ohne klare Positionen zu keiner vernünftigen Praxis kommen kann. Wenn ihr euch davor drückt, endet ihr irgendwann als TAZblatt.

2.2 Theoriefeindlichkeit führt nicht zu neuen Wegen

Als eine besondere Frechheit betrachte ich die Tatsache, daß ihr 95% der Leute, mit denen ihr euch verbunden fühlt, unterstellt, "klassische Theoretiker noch nie von innen gesehen" zu haben. Für eine solche Verbundenheit werden sich aber viele bedanken: "Die autonome Linke und ihre Theorie ist in solch einem Zustand der Beliebigkeit und des Utopienmangels..." (Klaus Viehmann). Ihr erklärt damit etwas für richtig und bildet euch noch etwas darauf ein, was derzeit ein Hauptproblem aller politischen Bewegungen darstellt. Wenn ihr eure Anti-Klassiker-Haltung gegen die MLPÖ ausspielt, müßt ihr sie gegen die ganze Linke ausspielen, aber das wäre ja wieder ein offener Unsinn gewesen und keine Selbsttäuschung.

2.3 Wischi-Waschi-Solidarität

Wenn das mit eurer militanten Eingliederung in die autonome Bewegung ernstgenommen werden soll, dann könntet ihr in ziemliche

Schwierigkeiten kommen. Denn viele der ausländischen Organisationen, mit denen ihr euch solidarisch erklärt, tragen an jedem ersten Mai die Bilder der Heiligen mit, die ihr zu bösen Helden erklärt habt. Aber vielleicht fühlt ihr euch mit denen auch nicht verbunden? Sie stützen sich nämlich auch in ihren Erklärungen auf die Erkenntnisse der Klassiker, mit denen ihr nichts mehr am Hut habt. Auf die Veröffentlichung der Beiträge dieser Gruppen müßtet ihr dann wohl konsequenterweise auch verzichten.

Oder ihr zieht die Konsequenz auf die andere Seite. Dann müßt ihr euch eine andere Erklärung einfallen lassen, warum gerade diese eine österreichische Gruppe, die die "Klassiker" hochleben läßt, anders ist als die anderen. So wie es derzeit aussieht, könnte sonst schon der Verdacht aufkommen, daß ihr viel lieber Sachen von Sozialdemokraten veröffentlicht (z.B. Gesellschaft für bedrohte Völker; wobei dagegen nichts spricht, wenn aus einer politischen Entscheidung heraus etwas für richtig gehalten wird, was zufällig von dort kommt) als von Gruppen, die sich kommunistisch nennen (ohne jetzt zu werten, ob sie es sind).

3. DIE GROBE TÄUSCHUNG:

IHR HABT SCHON EINE LINIE!

Insgesamt ist eure Stellungnahme sehr angenehm. Weil sie nämlich endlich damit Schluß macht, daß das Tatblatt zwar Bauchweh hat, aber trotzdem etwas veröffentlicht - oder, auch nicht witziger, daß das Tatblatt Diskussionen wegen Bauchweh abdreht. Ihr habt diesmal eine politische Stellungnahme abgegeben, auch wenn eure Position dabei eine andere war, als ihr glaubt.

Allen Drehungen und Verwindungen zum Trotz kommt eines klar heraus: Ihr wollt Bestandteil einer "Linken" sein und gleichzeitig nichts mehr mit der Tradition der Linken zu tun haben. Ihr bezieht "klare" Positionen und diskutiert nur darüber, mit wem es euch paßt. Ihr wollt, daß sich etwas ändert, ohne zu sagen, wie das Neue aus dem Alten entstehen soll. Und das Ziel kann sich dabei jeder aussuchen: "Freiheit, Sozialismus, Anarchie oder was auch immer".

Dies ist eine politische Linie, aber keine neue. Eine "Linke" ohne Arbeiterbewegung, die bürokratisch ihre Positionen festlegt und nur intern darüber diskutiert, die die alten Verhältnisse nicht analysiert und die daher neue Verhältnisse schafft, die noch schlimmer sind als die alten, der das Ziel egal ist, wenn die Leute nur bei der Stange bleiben: Das gibt es schon, es ist die Sozialdemokratie. Sie hat mit diesen Absichten gerade einen Parteitag abgehalten und dabei wieder ihren alten Namen angenommen, der diese Ziele ausdrückt.

Wenn ihr das auch wollt, dann geht doch nach drüben, auf die andere Seite der Klassenkämpfe, wenn nicht, dann ändert doch bitte eure hilflosen Positionen und beginnt einmal ernsthaft zu überlegen, was ihr wollt und wie ihr es erreichen wollt; beginnt doch endlich solidarisch zu diskutieren, anstatt bürokratische Zensur zu üben; stellt euch doch wirklich auf eine Seite, anstatt euch nur "verbunden" zu "fühlen".

Betrifft TATblatt

So! Damit wäre nun endlich wieder eine reguläre TATblatt-Ausgabe geschafft. Für alle, die die TATblatt-Notausgabe der Vor-Doppelwoche nicht bekommen haben: Wegen akutem Geldmangel während einer unumgänglich gewordenen Umstellung der Drucktechnik konnte das letzte TATblatt nicht erscheinen. An dessen Stelle trat eine vierseitige kopierte Notausgabe. Da es für die relativ hohe Auflage nicht leicht war, so schnell einen Kopierladen zu finden, der das halbwegs machen kann, konnten wir nicht sonderlich wählerisch sein, und so war jenes TATblatt ausnahmsweise auf ätzendem gebleichten weißen Papier zu lesen. Ging wirklich nicht anders!

Die Notausgabe hat einige von euch dazu bewogen, ein klein wenig für uns zu spenden, und so schaut es heute schon viel rosiger aus, um nicht zu sagen rosa. Insgesamt sind seit der Notausgabe 27 350 Öschis reingekommen. Vielen Dank an alle SpenderInnen!

Daß diese nun vorliegende Minus-41-Nummer erscheinen konnte verdanken wir der REMA-PRINT-Druckerei, welche sich bereit erklärt hatte, dieses TATblatt KOSTENLOS zu drucken, wofür wir ganz ganz ganz innig Danke sagen möchten. Wir finden das einfach irrsinnig leiwand!

Allen die unserem Hilfe-Aufruf gefolgt sind ganz ganz ganz viel Liebe und Kraft! Solidarität ist eine Waffe!

Da freilich ein reibungsloser Produktionsablauf auch fade wäre, spielte unser Layout-Computer wieder einen Streich. Ohnehin von wiederholtem Viren-Befall gezeichnet, schafft er es in letzter Zeit vorzüglich just vor der Produktion vollends abzustürzen. Das Verschwinden bereits getippter Texte oder die ergebnislosen Startversuche des Layout-Programms erhöhen leider auch nicht gerade das Lustgefühl beim Zeitungsmachen.

Bleibt zu hoffen, daß das alles hingekriegt werden konnte. Wenn du dein TATblatt zufällig pünktlich in deine Hände bekommen hast, hat's wohl geklappt, wenn nicht dann nicht.

Ansonsten happerts wie immer am Personalangel, da viele Alt-TATblattis nun nebenbei so ihre 40 Wochenstunden mit Lohnarbeiten verschessen. Das angekündigte Einstiegstreffen für Interessierte verlief aber überraschend vielversprechend, und wir rechnen, da schon damit, daß da einige in Zukunft mitmachen werden. (Halihalo! Enttäuscht uns nicht!) Alle die zusätzlich auch noch am TATblatt mitarbeiten wollen, sind dazu freilich auch herzlich eingeladen. Beste Kontaktaufnahmemöglichkeit beim Donnerstags-Plenum um 19 Uhr im TATblatt-Büro (pünktlich). Aber bitte von den unumgänglichen Technik-Checkerein nicht abschrecken lassen. Uns fäulen die ewigen Checkerein auch an, aber ohne denen steht alles. Und es bleibt ohnehin schon viel zu viel auf einigen wenigen hängen, die isoliert vor sich hinchecken und

wenigstens am Donnerstag einige dieser Dinge kollektivieren wollen...

So.

Zurück zu dieser TATblatt-Ausgabe. Was alles in dieser Nummer so fehlt entnehmt bitte der gleichnamigen Kolumne ("Was fehlt"), falls diese nicht auch selbst fehlt. Rechtschreibfehler bitte nicht einfach so hinnehmen, sondern kräftig darüber ärgern und die unumgängliche Konsequenz ziehen, nämlich beim nächsten Produktionswochenende ins TATblatt-Büro schauen und beim Korrekturlesen helfen! Wann das stattfindet erfahrt ihr telefonisch, wenn ihr uns anruft (am besten während des Plenums probieren). (Wie hat euch übrigens in punkto Rechtschreib-, Grammatik- und sonstiger Fehler unsere Notausgabe gefallen? Mit durchschnittlich mehr als einem Fehler pro Satz hat der Artikel über die SOS-Bürgerprotestliste den absoluten Fehlerrekord in der TATblatt-Geschichte lok-

ker gebrochen. Mal sehen, wie lange sich dieser Artikel an der Spitze halten wird.)

Nundenn: In der Hoffnung fortan endlich wieder pünktlich und regelmäßig zu erscheinen, so wie es die Welt vom TATblatt gewohnt ist und in der Hoffnung, daß die während der TATblatt-Produktion gelaufene Wiener Gemeinderatswahl mit dem beschissensten Wahlkampf solange ich mich zurückerinnere (voller übelster AusländerInnenhetze) endlich vorbei ist, und nach Möglichkeit mit einem vollen Fiasko geendet hat, und freilich auch sonst voller Hoffnung auf eine bessere Welt

verbleiben wir bis zum nächsten TATblatt

mit ganz vielen Grüßen

Euer TATblatt-Kollektiv (bzw jener davon, der dieses Betrifft geschrieben hat)

Liebe und Kraft miteinander!

TERMINE :

**VOLXBEGEHREN FÜR EWR
VOLXABSTIMMUNG 11. — 18. Nov.
UNTERSCHREIBEN !!!** (JaJa, Österreich muß frei bleiben...)

Wien:

Republikanischer Club :

Do. 14. 11., 19h eg — WIDERSTAND
zw. Patriotismus u. Internationalismus

Amerlinghaus :

21. 11. 19h Vergangenheitsbewältigung in Österreich.

VHS Stöbergasse :

Di. 19. 11. 18h AKTIONSTAG GEGEN
rassistische u. sexuelle Ausbeutung von Frauen

NIG :

22. 11. 20h Hs. 2 die Welt als Beute von usa, japan & eg (mit Ernest Mandel)

VHS Favoriten :

Vorurteile — Fehlurteile 15.11. 18 — 21h,
16.11. 10 — 13 u. 15 —
18h, 17.11. 10 — 13 u. 15 — 18h

kino : Audimax TU

Do. 14. 11. 19h30, Mouchette, Frankreich 1967 & 21h15 das Mädchen aus der Streichholzfabrik, Finn.1989 Di. 19. 11. 19h30 Drugstore Cowboy

FLEX FLEX FLEX

Ausländer bleiben — nazis vertreiben

16.11. RPN Labelfest, pullermann, urge, geteilte köpfe 23.11. no maens no (can) geteilte köpfe (d) — in der Arena ! 19.11. the abs (gb)

Wels :

alter schlachthof

14.11. 20h twist of fade, 22.11. 20h no means no, geteilte köpfe & 2 bad, 23.11. 20h locomotive

Schwertberg :

kanal :

16. 11. 21h dj's kid angel & herr karl, 23.11. 21h die interpreten

EUROPAWEITE VERKEHRSAKTION KEINEN METER MEHR Stop dem Autowahn



Aktionstag am 15. 11. 1991

Das TATblatt

Ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 568078 Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen:

NEU: jeden Dienstag(!!) um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

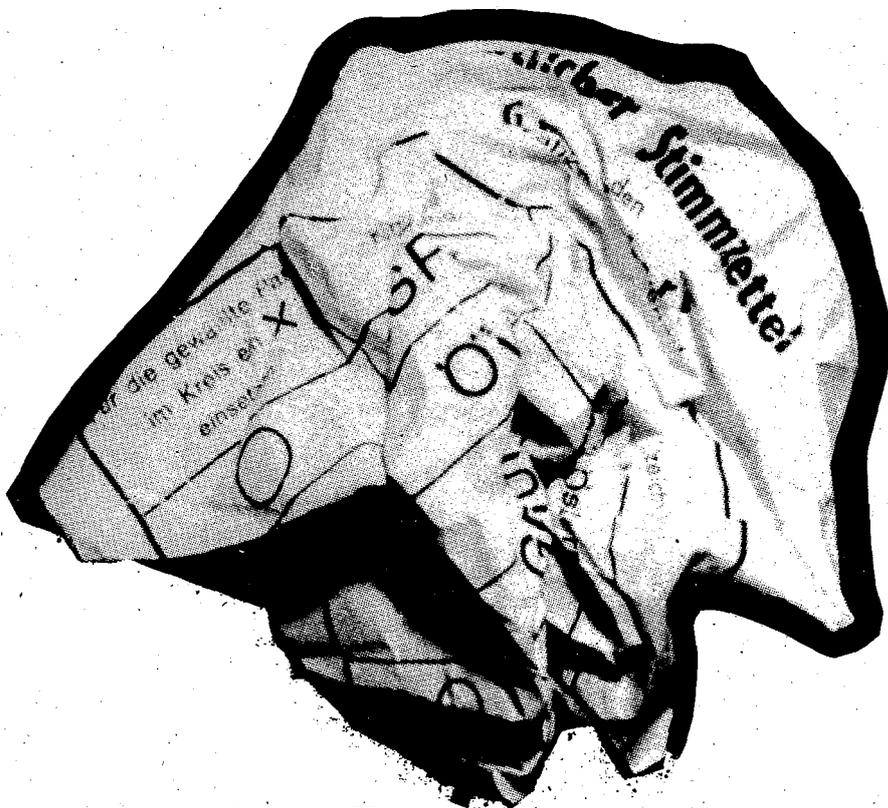
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche bezeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.



...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolsch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessengemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG (OÖ):** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990